Nr. 148.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I. 4186.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin."

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 27. Juni 1893. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts"
Berliner Volksblatt
mit der illustrirten Sonntagsbeilage
„Die Neue Welt".

Der Wahlkampf ist beendet, und neue bedeutungsschwere Kämpfe stehen uns bevor. Die Wahlen bedeuten einen neuen Triumph der Sozialdemokratie und die weitere Zersetzung des bürgerlichen Liberalismus. Der Reichstag wird in wenigen Tagen zusammentreten; die Militärvorlage wird nochmals den Gegenstand der Debatte bilden. Die Reaktion wird ihre günstige Lage in vollem Maße ausbeuten und auf Kosten des Volkes, der arbeitenden Klassen jede Belastung, jede Unterdrückung, jede Willkürmaßregel genehmigen, wenn sie dafür neue Vorrechte für die herrschenden Klassen einheimsen kann. Die Redekämpfe im Parlament haben nur insofern Bedeutung, als sie den verschiedenen Volksströmungen Ausdruck geben; in diesen selbst aber liegt die wirkliche Macht. Nicht auf den 40 bis 50 sozialdemokratischen Abgeordneten, welche im Reichstage sitzen, beruht unsere Macht, sondern auf den Millionen entschlossenen und selbstbewußten Männern, die hinter ihnen stehen. Die Wähler haben heute mehr als je auf dem Posten zu stehen; kein Sturm und keine Brandung darf sie überraschen; und in diesem Wachtdienst behilflich zu sein, ist besonders die Presse berufen. Eine unabhängige, die Volkssache um ihrer selbst willen vertretende Presse besitzt heute nur noch die sozialdemokratische Partei, die Partei des um seine Befreiung kämpfenden Proletariats. Die Partei-Organe sind eine Hauptwaffe, die es in dem Kampfe hat, und diese Waffe hoch zu halten ist die Pflicht aller Genossen; indem sie ihre Partei-Organe unterstützen, wächst ihre eigene Stärke.

Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungsspediteure, sowie **unsere Expedition, Beuthstr. 3,** Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,

wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämmtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 Mark für das 3. Quartal

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.) Wir ersuchen unsere Postabonnenten höflichst, das Abonnement rechtzeitig aufzugeben, damit die regelmäßige Zustellung des Blattes keine Unterbrechung erleidet.

Die Redaktion und Expedition des
„Vorwärts" Berliner Volksblatt.

Sozialdemokratie und Arbeitstüchtigkeit.

Ein paar Tage vor den Wahlen leistete sich die national-„liberale" „Kölnische Zeitung" einen ihr offenbar aus sächsischen Unternehmerkreisen zugegangenen Artikel mit obiger Ueberschrift, der beinahe über das hohe Maß sozialpolitischer Bornirtheit und bürgerlicher Niedertracht hinausgeht, das man von jeher von diesem Blatt gewohnt ist.

Nach der Meinung des Artikelschreibers, dessen Albernheiten der „Kölnischen Zeitung" gerade in den Kram paßten (inzwischen haben ihr ja die Wahlen eine wuchtige Quittung ertheilt), „ist es keineswegs schwierig, innerhalb gewisser Grenzen . . . zu beweisen, wie in manchen gewerblichen Bezirken mit der Ausbreitung der sozialdemokratischen Lehren auch die Klagen über zurückgehende gewerbliche Tüchtigkeit und Leistungskraft der Arbeiter sich gesteigert haben. Die Erklärung ist leicht. Die Sozialdemokratie packt bei den meisten ihrer ausgesprochenen Anhänger den ganzen Menschen. Sie nimmt die geistigen und seelischen Kräfte des jungen Arbeiters durchaus gefangen und erweckt in ihm ein völlig falsches Ehrgefühl. Der Wissensdurst und die Thatkraft dieser Arbeiterjugend richtet sich nicht so sehr auf tüchtige Leistung innerhalb des gewählten Berufs, auf Erwerbung schätzbarer Handwerkskenntnisse, sondern auf „die Idee" und ihre Verwirklichung und bei den „Fortgeschritteneren" auf agitatorische Kniffe und Pfiffe. Nicht Berufstüchtigkeit und persönliche Ehrenhaftigkeit gilt als höchste Ehre, als die Befähigung, im Kreise der Genossen als politisch „Aufgeklärter" das Wort führen zu können; Redegabe wird höher geschätzt als gute bürgerliche Eigenschaften." Nachdem dann noch weidlich über die „Halbbildung", die „Versammlungshetze", den „politischen Bummel" der Sozialdemokraten geschimpft ist, die von den Menschenrechten so viel verstünden, „wie der Botokude von der Differentialrechnung", wird dazu übergegangen, eine Anzahl Aeußerungen sächsischer Unternehmer aus Handelskammer-Berichten älteren und neueren Datums bunt durcheinander anzuführen, die lediglich über die „abnehmende Tüchtigkeit" der Arbeiter jammern, denen es aber gar nicht einfällt, dies mit der Zunahme der Sozialdemokratie in Zusammenhang zu bringen. Diesen Zusammenhang hinzuzudichten, war die würdige Aufgabe des Artikelschreibers der „Köln. Ztg."; ins Blaue hineinzulügen ist ja bekanntlich eine Hauptvirtuosität dieses Blattes. Nur ein einziger „sächsischer Webwaaren-Großfabrikant" „versicherte" dem edlen Artikelschreiber, „der politische Eifer der Weberei-Arbeiter verhindere diese häufig, eine tüchtige Berufsbildung zu erlangen". Und gerade diese einzige Aeußerung unter dem Dutzend völlig belangloser kann nur anonym und nicht wörtlich angeführt werden! Das ist Pech; nimmt man hinzu, daß es für das noble Handwerk des Artikelschreibers für die „Köln. Ztg." selbstverständlich ist, Unternehmeraussagen für die reine, lautere Wahrheit weiterzugeben, ohne auch nur den Versuch einer Kontrolle durch Erkundigung bei Arbeitern oder Unbefangenen zu machen; zieht man endlich in Betracht, daß dem Freunde der „Botokuden" weder etwas von den technisch-industriellen Fortschritten bekannt ist, welche eine eigentliche Fachbildung des Arbeiters immer weniger erfordern, noch daß er den erbärmlichen Stand unseres Volks- und Gewerbeschulwesens kennt, für das man bekanntlich kein Geld hat und das infolgedessen den Proletarier kaum über dürftiges Lesen und Schreiben hinausbringt, so wäre eigentlich die unendliche Flachheit des Artikels und die erstaunliche Kühnheit seiner Behauptungen bereits äußerlich gebührend gekennzeichnet und wir brauchten uns mit dem Manne und dem Blatte gar nicht weiter zu beschäftigen, die es aus purer Gehässigkeit fertig bringt, der Sozialdemokratie etwas in die Schuhe zu schieben, mit dem sie nicht das Geringste zu thun hat.

Aber so leichten Kaufs möchten wir die feigen Helden der „Kölnischen Zeitung" nicht davon kommen lassen. Wir haben doch noch etwas mit ihnen abzurechnen. Wie kommt der Artikelschreiber in Sachsen und die „Kölnische Zeitung" am Rhein dazu, zweierlei todtzuschweigen, was ganz direkt mit der geminderten technischen Leistungsfähigkeit großer Arbeiterschichten zusammenhängt, aber freilich auf das Konto der ihnen so eng befreundeten Kapitalisten zu setzen ist? Wir meinen die Abneigung der Großindustriellen, jugendliche Arbeiter mit gesetzlicher zehnstündiger Arbeitszeit anzunehmen, und die Schmach, welche sich kleine und mittlere Fabrikanten zu Schulden kommen lassen, indem sie Lehrlinge über Lehrlinge züchten und diese mit einer erbärmlichen Fachbildung wie ausgepreßte Zitronen ins Leben stoßen. Warum ist von diesen beiden Dingen in dem Schandartikel der „Köln. Ztg." keine Rede? In Handelskammer-Berichten steht freilich nichts darüber, und die Unternehmer binden es den Zeitungen auch nicht auf die Nase. Aber die Spatzen pfeifen es in jedem Industriegebiet, auch im sächsischen, von den Dächern, und eine andere Art amtlicher Berichte, die wir immer noch für etwas unparteiischer halten, als diejenigen der Handelskammern, die sächsischen Fabrikinspektorenberichte z. B., zählen Beweis um Beweis für diese Schuld derselben Kapitalisten auf, welche die Kölnische Wetterfahne so traurig vertritt. Je weiter die Schutzgesetzgebung für jugendliche Arbeiter schrettet — und sie thut es doch bei uns langsam genug — desto entrüsteter weisen die Herren Industriellen jugendliche Arbeiter, die lernen wollen, von ihrer Schwelle; sie können die jungen Leute nicht mehr beliebig auspressen, deshalb ist ihnen ihre technische Ausbildung völlig gleichgiltig, billige Handlanger rücken an die Stelle und an vervollkommnete Maschinen. Und was haben der Leipziger, der Plauener und andere Fabrikinspektoren gerade aus Sachsen schon berichten müssen von beispielloser Lehrlingszüchterei in Mittelbetrieben, wobei zu beachten ist, daß der eigentliche Sitz dieses Uebels, das Handwerk, das gerade den Industrieen das Arbeitermaterial liefert, nicht einmal unter der Aufsicht der Beamten steht.

Wenn aber die Dinge so liegen, so stellt sich der Ar-

Feuilleton.

Nachdruck verboten.) [10

Die Fabriklerin.

Erzählung aus dem schweizerischen Volksleben
von einem Baseler Arbeiter.

Bescheiden lehnte der Wackere ihren Dank ab und gab ihnen die Versicherung, daß er trotz seines heutigen Mißgeschickes fortfahren werde, für die gute und gerechte Sache des arbeitenden Volkes fort und fort zu kämpfen, dann verabschiedete er sich, um Rosa Bericht über den Verlauf der Versammlung zu geben.

Als er in das Häuschen der Wittwe trat, fand er dort zu seiner Freude Freund Karl seiner harrend vor, denn bei diesem Wackern hoffte er nicht nur einige Theilnahme, sondern auch einen guten Rath in bezug auf seine Zukunft zu finden.

Und er täuschte sich hierin nicht; denn als er, nachdem er den Verlauf der Versammlung im „Kreuz" geschildert, eine diesbezügliche Frage an den Buckligen richtete, lächelte dieser verschmitzt vor sich hin, dann sprach er in seiner spaßigen Weise:

„Na, junger Hitzkopf, nun soll ich wohl den Karren wieder aus dem Sumpfe ziehen, nachdem man ihn dort recht gründlich verfahren hat, wie? Ich würde freilich besser thun, mich von einem so gefährlichen Menschen, der sich vermessen thut, unsere so gepriesene Weltordnung ändern zu wollen und „Gleichheit" für alle zu verlangen, zurückzuziehen, allein ich habe nun einmal den Narren an Euch allen gefressen und so habe ich denn auch, während Ihr jammernd und wehklagend das Geschick und die Menschen anklagtet, ein Plänchen ausgeheckt, wie unserem Revoluzzer geholfen werden könnte. Seit Jahren pilgern unsere guten Buchegger, weil ihr Vorrath an Kaffee, Zucker, Tabak und so weiter zu Ende geht, nach dem Städtchen L., um sich für ihr gutes Geld das Fehlende ersetzen zu lassen. Wie wäre es nun, wenn wir den guten Leuten diese Mühe abnehmen und in Buchegg selbst eine solche „Handlung" eröffnen würden? Ich glaube, ein solches Geschäft würde seinen Mann, ja — sich zu Rosa wendend —, wahrscheinlich auch noch eine Frau dazu ernähren. Nun, was sagt Ihr dazu, Kinder?"

Mit dieser Frage schloß Karl seine Rede und blickte freudestrahlend von einem zum andern.

Karl's Vorschlag wurde indeß nicht so freudig aufgenommen, wie er es wohl erwartet hatte, denn Maurer kratzte sich verlegen hinter den Ohren, als er erwiderte:

„Die Idee wäre wohl gut, lieber Freund, und ich zweifle gar nicht daran, daß ein solches Geschäft seinen Mann ernähren würde, allein Du scheinst ein Hinderniß übersehen zu haben, welches der Verwirklichung Deines Gedankens entgegensteht; uns mangelt das Geld vollständig, um ein solches Geschäft mit Erfolg betreiben zu können. Wohl habe ich mir einige hundert Franken erspart, allein das würde ja kaum langen, um die nöthigen Einrichtungen zu treffen, von dem Einkauf der Waaren gar nicht zu sprechen."

„Nun, was diesen allerdings wichtigen Punkt anbelangt, so würde ich mich vielleicht dazu verstehen, Euch die nöthigen Kapitalien zu liefern, wenn Ihr es übrigens nicht verschmäht, mit mir, als einem dieser bösen Kapitalisten, in geschäftliche Verbindung zu treten", erwiderte Karl mit gutmüthigem Lächeln.

Das verschmähte nun aber Maurer keineswegs, sondern nahm das edelmüthige Anerbieten mit dankerfülltem Herzen an und auch seine Braut drückte dem so oft bewährten Freunde mit stummem, aber innigem Danke die Hand, durfte sie doch nun wieder freudigen Muthes an die Zukunft denken.

Mit Feuereifer ging Karl an seine neue Aufgabe. Ein passendes Lokal hatte er bald, mitten im Dorfe, gefunden und unsere guten Buchegger sperrten Maul und Nase auf, als er eines Tages sein Geschäft eröffnete; denn so wohlgeordnet und sauber eingerichtet hatten sie es nicht einmal in L. getroffen.

Auch die Kunden fanden sich nach und nach ein, zwar am ersten Tage mehr aus „Gwunder", nachher jedoch regelmäßig, um so mehr, als sie sich rasch überzeugten, daß Maurer nur gute Waare und zu annehmbarem Preise verkaufte.

Maurer hatte sich eben von vornherein vorgenommen, nicht zu wuchern, sondern nach reellen Grundsätzen zu verfahren, und daß er damit das Richtige getroffen, das bewies der Erfolg.

Etliche Monate nach der Eröffnung seines kleinen Geschäftes durfte er es dann getrost wagen, seine Rosa als Gebieterin in ihr neues Heim zu führen und damit seinem Glück die Krone aufzusetzen, wie man zu sagen pflegt.

Rosa selbst erwies sich bald als tüchtige Krämerin, die sich bei jung und alt beliebt zu machen wußte. Als der Storch jedoch übers Jahr bei ihr Einkehr hielt und sie mit einem prächtigen Jungen beschenkte, da hatte das „Krämern" einstweilen für sie ein Ende und wichtigere Pflichten harrten der jungen Mutter.

Aber auch diesen war die ehemalige „Fabriklerin" wie kaum eine zweite gewachsen und ihre Kinder — bei dem einen blieb es nämlich nicht — zeichneten sich bald durch

tikel der „Kölnischen Ztg." als ein ganz perfides Manöver heraus, durch eine öde Schimpferei auf die Sozialdemokratie die wahren Schuldigen zu decken! Die wahren Schuldigen sind die Schützlinge des nationalmiserablen Blattes, die Fabrikanten mit großem und kleinem Kapital, die sich eben nur wenige tüchtige Arbeiter ziehen, weil sie für ihren Profit nicht mehr brauchen, die daneben die große Masse der Proletarier in möglichster Unbildung verkommen lassen, schon damit sie ihnen politisch nicht gefährlich werden.

Daß die Sozialdemokratie dieses feine System immer wieder aufdeckt und so oft aufdecken wird, als Blätter wie die „Köln. Ztg." und ihre Hintermänner sich einfallen lassen, nach anderen Leuten als den Dieben zu rufen, das ist der Aerger der Kapitalisten in ihrer Presse, und dieser Aerger möge ihnen noch oft bescheert werden, in Sachsen, am Rhein und anderswo!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Juni.

Unsere Genossen im Auslande. Aus Kopenhagen geht uns folgende Zuschrift zu:

„An die Sozialdemokratie in Deutschland! Parteigenossen! Mit großer Begeisterung und hohem Interesse hat die Sozialdemokratie in Dänemark Euren energischen Kampf bei den **verlaufenen Reichstagswahlen verfolgt und beglückwünscht Euch** nun zu dem gewonnenen glänzenden Wahlsieg. Mit stürmischem Jubel grüßten die auf einer am 19. ds. in Kopenhagen abgehaltenen zahlreich besuchten Parteiversammlung anwesenden **Genossen Eure Siege bei den Hauptwahlen, und noch höher ist** die Begeisterung gestiegen bei der Meldung der Ergebnisse der Stichwahlen. Wir fühlen, daß Euer heldenmüthiger Kampf dem Sozialismus in allen Ländern erneute Kraft gegeben hat, und wir rechnen sicher darauf, daß es bei den nächsten Wahlen gelingen wird, die Reichstagsfraktion noch durch jene Parteigenossen zu verstärken, deren Wahl dieses Mal unmöglich war. Ein Hoch der Sozialdemokratie in Deutschland! Ein Hoch dem internationalen Sozialismus! Ein Hoch der baldigen Befreiung der Arbeiterklasse von der Kapitalherrschaft!

Der Hauptvorstand
der Sozialdemokratie in Dänemark.
J. A.: P. Knudsen, Geschäftsführer.

Stichwahlergebnisse. Mit dem Ergebniß der Hauptwahlen zusammen sind bis Montag Mittag — es stehen noch 35 Wahlen aus — gewählt worden (wir fügen in Klammern die bisherige Stärke der Parteien hinzu):

Sozialdemokraten	24	+	20	=	44	(36)
Konservative	49	+	20	=	69	(68)
D. Reichspartei	11	+	10	=	21	(18)
Nationalliberale	15	+	27	=	42	(42)
Ultramontane	81	+	8	=	89	(111)
Freis. Vereinigung	3	+	9	=	12	(68)
Freis. Volkspartei	0	+	18	=	18	
Südd. Volkspartei	4	+	6	=	10	(10)
Welfen	0	+	5	=	5	(4)
Polen	12	+	7	=	19	(17)
Antisemiten	3	+	12	=	15	(6)
Däne	1	+	0	=	1	(1)
Wilde	5	+	1	=	6	(6)
Elsässer	9	+	1	=	10	(10)
	217	+	144	=	361	(397)

Die „National-Zeitung" schreibt in ihrer Abendausgabe vom 26. Juni:

„Nach den heute bis zum Schluß der Redaktion eingegangenen Stichwahl-Nachrichten sind im ganzen bis jetzt als gewählt gemeldet: Nationalliberale 44, Konservative 69, Freikonservative 19, freisinnige Vereinigung 10, Klerikale für die Militärvorlage 3, Polen 19, Antisemiten 17, wild 4 — zusammen **186** für die Militärvorlage. Dagegen Zentrum 87, Sozialdemokraten 44, freisinnige Volkspartei 18, süddeutsche Demokraten 10, klerikale Elsaß-Lothringer 8, süddeutsche Bauernbündler 3, Welfen 5 und 1 Däne, zusammen **177** gegen die Militärvorlage."

Ein endgiltiges Ergebniß kann erst nach dem Einlaufen der letzten Stichwahlergebnisse gefällt werden. —

Sauberkeit und artiges Betragen vortheilhaft vor den andern Kindern des Dorfes aus.

Rosa's Mutter hatte ihr Häuschen verkauft und war auf Wunsch des jungen Ehepaares zu ihnen gezogen. Trotz ihrer Kränklichkeit konnte sie sich noch manches Jahr an dem Glücke ihrer Lieben sonnen. Den Kleinen wußte sie stets etwas zu erzählen und gewann sich dadurch ihre Zuneigung im Spiele.

Auch Karl zog etliche Jahre später, als er anfing gebrechlich zu werden, zu Maurer's und war dort wie ein Glied der Familie gehalten.

Wenn Herr Stedig, der reiche Fabrikbesitzer, gehofft hatte, Maurer durch dessen Maßregelung in seiner politischen Thätigkeit lahm zu legen, so hatte er sich gründlich getäuscht.

Nun erst, nachdem Maurer sich eine unabhängige Stellung errungen, konnte er sich so ganz nach Herzenslust der guten Sache der Arbeiter widmen. Er gehörte eben nicht zu jener Sorte charakterschwacher Leute, welche ihre Jugendideale verleugnen, sobald es ihnen einmal besser geht, sondern hielt treu und unverbrüchlich fest an dem, was er einmal als gut und wahr erkannt hatte.

Nachdem er sein Geschäft einmal im Gange wußte, ging er daran, einen Arbeiterbildungsverein zu gründen und obschon er anfangs nur eine kleine Schaar Anhänger fand, so gelang es ihm doch, durch unermüdliches Wirken nach und nach immer mehr Arbeiter zu gewinnen und sie für seine Ideale zu begeistern.

Manche gute und wohlthätige Einrichtung half Maurer in Buchegg schaffen und war stets mit Wort und That bereit, den Armen und Unterdrückten zu helfen.

Herr Stedig, der sich über das Wirken seines einstigen Untergebenen gewaltig ärgerte, kreuzte seine Wege nicht mehr lange, denn ein Hirnschlag bereitete bald nach Maurer's Hochzeit seinem Leben ein Ende. Sein Besitzthum ging an reiche Verwandte über, welche das Geschäft jedoch nicht selbst betrieben, sondern es in eine Aktiengesellschaft umwandelten.

Arnold Fader, jene verrätherische Kreatur, konnte sich seines Judaslohnes nicht lange erfreuen, denn seine Unfähigkeit kam bald genug an den Tag. Man entzog ihm den Posten und degradirte ihn wieder zum einfachen Arbeiter, was ihn so kränkte, daß er sich aus Aerger dem Trunke ergab und bald ganz entlassen werden mußte. Von diesem Tage an war und blieb er aus Buchegg verschwunden.

Ende.

Die Militärvorlage — das ist wohl sicher — wird dem Reichstag sofort bei seinem Zusammentritt zugehen. Wenn es nun aber in militärfrommen Zeitungen als selbstverständlich betrachtet wird, daß der Reichstag auf Niedersetzung einer Kommission verzichten und die Vorlage knall und Fall zur zweiten Lesung bringen und im Handumdrehen bewilligen werde, so heißt das den Lesern sehr viel Dummheit zutrauen. Wir halten es im Gegentheil für selbstverständlich, daß die Vorlage vor eine Kommission kommt, und daß die Berathungen, da sich inzwischen nicht blos die Vorlage, sondern auch die Parteiverhältnisse geändert haben, einer sehr eingehenden Berathung unterzogen wird. Ebenso selbstverständlich erscheint es uns, daß während der Kommissionsberathungen das Plenum seine Sitzungen einstellt — in den Hundstagen läßt sich ohnehin ein beschlußfähiges Haus nicht zusammenbringen, und noch weniger zusammenhalten. Eine längere Vertagung des Reichstages nach der ersten Lesung dünkt uns ein Gebot der Nothwendigkeit. —

Zum deutsch-russischen Handelsvertrag. Wolff's Telegraphen-Bureau meldet aus Petersburg: „Dem Vernehmen nach ist die deutsche Antwort auf die im April d. J. übergebenen handelspolitischen Gegenvorschläge Rußlands hier eingegangen: dieselbe bezeichnet die von russischer Seite angebotenen Konzessionen als ungenügend." —

Deutsch-serbische Handelsbeziehungen. Zu der gestern von uns gebrachten halbamtlichen Nachricht, daß vom 26. Juni ab für die serbische Einfuhr nach Deutschland der allgemeine Zolltarif bis auf Weiteres wieder in Kraft trete, da der neue deutsch-serbische Handelsvertrag noch nicht ratifizirt sei, verschickt das offiziöse Wolff'sche Telegraphenbureau noch folgende Nachricht:

„Der serbische Geschäftsträger in Berlin ist ermächtigt worden, ein Protokoll zu vollziehen, worin mit Rücksicht auf den am 25. d. M. erfolgenden Ablauf des bisherigen serbisch-deutschen Handelsvertrages und die noch nicht ermöglichte Ratifikation des neuen Handelsvertrages der deutschen Einfuhr nach Serbien einstweilen die Fortdauer der Meistbegünstigung zugesichert wird. Dem Vernehmen nach ist die Vollziehung dieses Protokolls erfolgt." —

Der „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht eine amtliche Erklärung des serbischen und deutschen Bevollmächtigten, wonach die serbische Regierung dem Reich, einschließlich der mit demselben zollgeeinten Gebiete, vom 25. Juni 1893 bis zum 31. Dezember 1893 jedenfalls die Meistbegünstigung gewähren wird. Die deutsche Regierung sieht sich zur Abgabe einer entsprechenden Erklärung gegenüber der serbischen Regierung zur Zeit wegen mangelnder gesetzlicher Ermächtigung nicht in der Lage. Die deutsche Regierung verpflichtet sich jedoch, darauf Bedacht zu nehmen, daß noch vor dem 31. Dezember 1893 entweder die Ratifikation des am 21./9. August 1892 in Wien abgeschlossenen Handels- und Zollvertrags herbeigeführt, oder aber Serbien die Meistbegünstigung gewährt werde. —

Was uns unsere Kriegsflotte kostet. Durch die nationalliberalen Blätter macht folgende Notiz die Runde:

„Das Jahr 1893 führt der Kriegsflotte des Deutschen Reichs 9 große Schiffe von zusammen rund 58 000 To. Deplacement zu, d. h. unsere Flotte macht innerhalb dieses Zeitraums mehr Schiffsmaterial seeklar, wie irgend eine andere Nation außer England. Drei von den neun Schiffen sind bereits in Dienst gestellt, nämlich die Kreuzerkorvette „Kaiserin Augusta" von 6000 To., der Kreuzer „Seeadler" von 1460 To., welche beiden Schiffe bekanntlich zur Eröffnung der Kolumbischen Weltausstellung nach New-York gesandt waren, ferner die Yacht „Hohenzollern". Die übrigen 6 Schiffe, die noch vor Schluß des Jahres fertiggestellt sein und ihre Probefahrten vollendet haben sollen, sind Panzer „Heimdall" und „Hildebrand", je 3500 Tonnen groß, gehören der „Siegfried"-Klasse an, haben jedoch stärkeres Panzerdeck und über diesem gar keine Holzkonstruktion, auch ist als Baumaterial bereits in umfassender Weise Nickelflußeisen zur Verwendung gekommen. Die Schiffe laufen 16 Meilen und tragen als Hauptgeschütze drei lange 24 Zentimeter-Hinterlader. Die anderen vier Panzer sind die vielbesprochenen 10 000 Tonnen großen Schlachtschiffe „Kurfürst Friedrich Wilhelm", „Brandenburg", „Weißenburg" und „Wörth", die bis 40 Ztm. starken Stahlpanzer tragen und an Artillerie 6—8 Ztm.-Hinterlader von 35 Kaliber Rohrlänge und 44 Tonnen oder 880 Zentner Rohrgewicht, nebst 6 bis 10,5 Ztm.- und 8—8,7 Ztm.-Schnellladern, System Krupp, führen. Zwar haben England, Frankreich, Italien und Rußland zahlreichere und bis zu 4000 Tonnen größere Panzer, auch die Vereinigten Staaten bauen vier von bedeutenderen Abmessungen, doch sind die neuen Schiffe an Seetüchtigkeit, Schnelligkeit, Panzerschutz und namentlich an Zuverlässigkeit und Güte der Artillerie jedem modernen schwimmenden Schlachtschiffe gewachsen."

Riesige Summen sind auch dieses Jahr für die deutsche Marine verausgabt worden, trotzalledem soll noch viel mehr geopfert werden. Man höre nur die Koscielski-Admiralski und andere „Inspirirte". —

Die Münchener Epidemie. Ueber die Erkrankungen und Todesfälle im Infanterie-Leib-Regiment geht der „Allgemeinen Zeitung" vom Kriegsministerium nachstehende Mittheilung zu:

„Sofort nach Konstatirung der Thatsache, daß es sich bei einer großen Anzahl der seit dem 20. Mai l. J. dem hiesigen Garnisonslazareth in ganz auffallender Menge zugehenden Mannschaften des kgl. Infanterie-Leibregiments unzweifelhaft um Unterleibstyphus handle — Vergiftungserscheinungen, sei es durch thierische, sei es durch pflanzliche oder mineralische Gifte, fehlten vollständig — wurden von seiten des Kriegsministeriums und der berufenen Dienstesstellen umfassende und weitgehende Anordnungen getroffen, die Ursachen dieser lediglich auf das genannte Regiment und einige demselben Attachirte sich erstreckenden heftigen Epidemie zu erforschen und festzustellen. Nachdem diese Untersuchungen, welche sich auch auf die bezüglichen Boden- und Wasserverhältnisse ausdehnen mußten und welche bei ihrer bekannten Schwierigkeit trotz aller Beschleunigung erheblichen Zeitaufwand beanspruchten, nunmehr nach allen nothwendigen Richtungen hin bethätigt worden sind, werden durch eine vom kgl. Staatsministerium des Innern und dem kgl. Kriegsministerium berufene Kommission, welche aus Vertretern dieser Ministerien und der hiesigen Stadt, aus hervorragenden Klinikern und Aerzten, sowie Fachmännern gebildet ist, Besprechungen und Berathungen über die Forschungsresultate und die hieraus sich feststellende Ursache der Epidemie, über Vorbeugung einer solchen für die Folge, über Maßnahmen gegen etwaige weitere Ausbreitung 2c. stattfinden. Das Ergebniß dieser Besprechungen und Berathungen wird bekannt gegeben werden."

Diese unbestimmte Erklärung besagt gar nichts. Gesündigt ist worden sei es dadurch, daß die Mannschaften in gesundheitswidrigen Räumen untergebracht, sei es, daß sie durch die Probirkost, das „Dürrgemüse", geschädigt worden sind. —

Die Richtigkeit der Kölner Wahlen. Ein Beispiel für das Zutreffende der Ausführungen, daß die Reichstags-Wahlkreise bei räumlicher Veränderung durch Reichsgesetz abgeändert werden müssen, bietet, wie die „Köln. Ztg." darlegt, Goslar dar. Im Verzeichniß der Wahlkreise, Anlage C zum Ausführungs-Reglement vom 28. Mai 1870 (Bund.-Ges.-Bl. S. 275) ist im 13. hannoverschen Wahlkreise neben mehreren Aemtern die Stadt Goslar und der hannover-braunschweigische sogenannte Kommunion-Harz aufgeführt. Durch Staatsvertrag zwischen Preußen und Braunschweig vom 9. März 1874 erfolgte eine Theilung dieses gemeinschaftlichen Gebietes; außerdem wurden dem preußischen Staate noch die braunschweigischen Gebietstheile, welche innerhalb der Stadtflur und der Stadt Goslar belegen waren, einverleibt. Das Stadtgebiet Goslar änderte sich hierdurch, und infolge davon wurde auch der 13. hannoversche Reichstagswahlkreis durch Reichsgesetz vom 15. Dezember 1876 anderweit festgesetzt. Anstatt der einfachen Bezeichnung Stadt Goslar im Wahlverzeichniß von 1870 heißt es nun in der Anlage zum Reichsgesetz vom 15. Dezember 1876: „Stadt Goslar mit Einschluß derjenigen Theile des Kommunionharzes und des herzoglich braunschweigischen Gebietes, welche dem Königreich Preußen durch den Staatsvertrag vom 9. März 1874 einverleibt und dem Gebiete der genannten Stadt angeschlossen worden sind." So werden auch, wenn die jetzige Verwaltungseintheilung zur Grundlage der künftigen Wahlkreis-Eintheilung gemacht werden soll, der 1. und 2. Wahlkreis des Regierungsbezirks Köln: Stadt Köln und Kreis Köln, dahin abgeändert werden müssen, daß es heißt: Stadt Köln mit Einschluß der aus dem Landkreise eingemeindeten Orte . . . ., Landkreis Köln ausschließlich der dem Gebiete der Stadt Köln angeschlossenen Orte . . . . —

Nationalliberaler Stolz. „Mit Stolz können sie — die Mordspatrioten und Mannesseelen von Leipzig — auf die Reichshauptstadt blicken, wie die Sozialdemokratie in drei Wahlkreisen gesiegt hat, und jetzt die rothe Fahne über fünf von den sechs Wahlkreisen weht." Also zu lesen (wörtlich) im heutigen „Leipziger Tageblatt". Sehr sonderbar, dieser nationalliberale Stolz auf einen sozialdemokratischen Sieg! —

Staatliche Vieh-Zwangsversicherung. Vor längerer Zeit wurde gemeldet, daß der Landwirthschaftsminister Erhebungen über den Umfang der verschiedenen Viehversicherungen angeordnet habe. „Es handelt sich hierbei," so wird offiziös geschrieben, „um die Frage wegen Einführung einer obligatorischen staatlichen Viehversicherung. Diese Frage ist durch eine Eingabe des deutschen Fleischerverbandes an den Bundesrath angeregt worden. Man hält eine Entschädigung für die Verluste für nothwendig, die durch die infolge der Fleischschau beschlagnahmten geschlachteten Thiere und Theile derselben entstehen, und meint, daß diese Entschädigung durch Herstellung einer allgemeinen, der staatlichen Aufsicht und Leitung unterstehenden Zwangsversicherung sich am besten ermöglichen lasse. Auch der Deutsche Landwirthschaftsrath hat sich bereits dahin ausgesprochen, daß für die Tuberkulose im Wege der Reichsgesetzgebung der Grundsatz der allgemeinen Entschädigungspflicht festgestellt und durch Landes- beziehungsweise Provinzialgesetzgebung die Art der Entschädigung und der hieraus erwachsenden Kosten geregelt werde. Dagegen beantragte der Reichstag im Jahre 1872 den Erlaß eines Gesetzes über die Gewährleistung beim Viehhandel, da damals allgemein eine zeitgemäße und einheitliche Regelung dieser Materie im Deutschen Reiche für dringend nothwendig gehalten wurde." —

Agrarierwünsche. Der Bund der Landwirthe petitionirt beim Reichskanzler, den deutschen Gesandtschaften landwirthschaftlich und volkswirthschaftlich gebildete Beamte beizugeben behufs fortlaufender Berichterstattung über die landwirthschaftlichen Produktions- und Handelsverhältnisse der betreffenden Länder. Ueber Produktion und Handel des Auslands sind wir zur Genüge unterrichtet. Warum erkundigen sich die Bündler nicht nach der Lage der Landarbeiter des Auslands und — des Inlands? —

Es giebt keinen Nothstand! versicherte Herr von Boetticher, Staatssekretär, im Winter dieses Jahres anläßlich unserer Nothstandsinterpellation, und er bezog sich dabei auf die im Druck oder in der Arbeit befindlichen Handels- und Gewerbekammer-Berichte, die eine Besserung für das Jahr 1892 feststellen sollten. Ein Theil dieser Berichte ist seitdem erschienen, und wir haben gesehen, daß sie dem Herrn Staatssekretär nicht Recht geben. Jetzt liegt auch der Bericht der Leipziger Gewerbekammer vor — einer der schönfärberischsten und liebedienerischsten in ganz Deutschland. Und was sagt die Leipziger Gewerbekammer?

Die wirthschaftliche Lage der unserer Geschäftsthätigkeit unterstellten gewerblichen Kreise hat sich im Jahr 1892 gegen das Vorjahr nicht nur nicht gebessert, sondern in vielen Beziehungen noch ungünstiger gestaltet.

Durchgängiger Mangel an Unternehmungslust, der infolge früherer Ueberproduktion noch immer anhaltende Stillstand der Bauthätigkeit, verbunden mit dem fortwährenden Preisdruck fast aller gewerblichen Erzeugnisse, ziemlich harter Winter, die fast bis Mitte des Jahres anhaltenden hohen Lebensmittelpreise, und endlich der infolge drohender Cholera gefahr nothwendig gewordene Ausfall der hiesigen Michaelismesse bewirkten zusammen, daß sich das Berichtsjahr für die Gewerbetreibenden des diesseitigen Bezirkes zu einem der ungünstigsten gestaltete, über welche wir uns bisher zu äußern hatten.

Wie an verschiedenen anderen Orten, gaben die Folgen dieser mißlichen Zustände Anfangs des Jahres auch hierorts Anlaß, Volksversammlungen einzuberufen, in denen die bekannten Forderungen betreffs „gänzlicher Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise, bezw. verkürzte Arbeitszeit, Fernhalten auswärtiger Arbeitskräfte" und dergleichen mehr erhoben wurden.

Wenn wir im allgemeinen auch keinen großen Werth auf die in derartigen Versammlungen gefaßten Beschlüsse legen, auch nicht fehlzugreifen glauben, daß unter den über Mangel an Beschäftigung klagenden Personen verschiedene sich befunden haben, denen es weniger darum zu thun war, Arbeit als in bequemer Weise Unterstützung zu erlangen, so müssen wir doch auch zugestehen, daß unter den Gesuchstellern nicht wenige, namentlich Familienväter sich befanden, die durch die Ungunst der Zeitverhältnisse in sehr bedrängte Lage gerathen waren; insbesondere war dies in mehreren der in das Stadtgebiet einbezirkten Vororte der Fall.

Man sieht, wie widerwillig der Wahrheit die Ehre gegeben wird. Trotzdem wüßten wir nicht, wie die wirthschaftliche Lage ungünstiger sein könnte, als sie hier geschildert wird.

Oder konnte der Nothstand von einer verhärteten Bourgeoisseele in vollerem Maße eingestanden werden als es hier geschieht? —

Der Wadelstrümpfe Oberster, Herr Theodor Barth, wird in der „Zukunft" wie folgt gekennzeichnet:

„Dieser mit höflichen Sitten und taktischer Schlauheit begabte Herr, der noch nie einen eigenen Gedanken gehabt, noch nie auch nur den Muth eigener Meinung bewiesen hat, empfängt in den letzten Märztagen einen Interviewer und erzählt ihm . . . die folgende hübsche Geschichte: „Wir können uns im Sinne einer gedeihlichen Entwickelung einen besseren Minister als Caprivi nicht wünschen; die Junker können für sich keinen schlimmeren fürchten. Wir haben alle Ursache, ihn zu halten; sie haben alle Ursache, ihn zu stürzen. Aber nun sind wir, in der Militärvorlage, durch unsere Wähler gezwungen, gegen ihn zu stimmen, dessen Fall niemand aufrichtiger als wir beklagen würde; und die Junker sind gezwungen, für ihn zu stimmen, dessen Fall niemand dringlicher wünschen kann als sie . . . Die Zukunft ist, wohin wir immer blicken, trübe, und es giebt eine einzige Hoffnung: das sind die Arbeiter, das ist der Sozialismus. Die Sozialisten sind die verläßlichsten Hüter der Freiheit, die ehrlichsten Diener einer gesunden Entwickelung. Wir können nichts eifriger wünschen, als daß sie das nächste Mal ihrer 72 statt 36, die sie jetzt sind, ins Haus kommen, und es ist selbstverständlich, daß wir zwischen einem Konservativen und einem Sozialdemokraten immer und überall den Sozialdemokraten wählen werden." Herr Barth stimmte dann in zwei Lesungen gegen die Militärvorlage. Darauf erfolgt die Auflösung des Reichstages und die Spaltung des Freisinns und — siehe da! — plötzlich ist nun Herrn Barth nicht allein die Erkenntniß gekommen, daß man, ist nur die zweijährige Dienstzeit gesichert, unbedingt für die Militärvorlage stimmen muß; er läßt auch in seinen Blättern und Blättchen, während er selbst freilich im Hintergrund bleibt, für die Stichwahlen von den entsetzlichen Junkern Hilfe erbetteln und es für einen Verrath an der gemeinsamen Sache aller bürgerlichen Parteien erklären, wenn ein Liberaler einem Sozialisten seine Stimme giebt." —

Die Schrecknisse des Zukunftsstaats. In nationalliberalen Blättern ist folgende gruselige Mär zu lesen:

Einen Vorgeschmack der Seligkeiten des Zukunftsstaates gewährt eine Meldung der „Kölnischen Zeitung" aus Marseille. Infolge der Verweigerung des Gehorsams eines Angestellten der Akzise-Grenzstellen der Stadt ist eine Verfügung der Stadtbehörde ergangen, wonach sämmtliche Akzisewächter zu 16 Stunden täglicher Dienstzeit genöthigt werden. Der Marseiller Gemeinderath und der Bürgermeister sind ultra-sozialistisch. Man staunt über solche Maßregeln seitens der offiziellen Verfechter der achtstündigen Arbeitszeit.

Natürlich ist die Geschichte erlogen. Spaßhaft ist die nationalliberale Wuth auf die „16 Stunden Dienstzeit". Warum wendet die Mannesseele sich aber nicht an die Adresse der deutschen Behörden und Privatunternehmer, die „ihre" Arbeiter 16 Stunden und länger arbeiten lassen, z. B. im Eisenbahnfach und in der Bäckerei? Die Menschenliebe fängt zu Haus an, sagt das englische Sprichwort. —

Sehr vernünftig. Das Pariser Sozialistenblatt: Le Parti ouvrier (Die Arbeiterpartei), Organ der von unseren Bourgeoisblättern als chauvinistisch und mordspatriotisch bezeichneten „Alemannisten" schließt einen Artikel über die deutschen Wahlen mit den Worten:

„Die Lösung der Militärfrage liegt bei uns Franzosen. Hören wir auf von Revanche zu sprechen, und Europa wird aufhören zu waffnen."

Kann man unchauvinistischer reden? Freilich darin hat der „Parti ouvrier" Unrecht — nicht blos bei den Franzosen liegt die Lösung — in erster Linie auch bei den Deutschen. Und wenn unser Volk in der Opposition gegen den Militarismus fortfährt, die Revanchefaseleien einer Handvoll französischer Ahlwardte nicht ernst nimmt, und den deutschen Chauvinisten kräftig zu Leib geht, dann werden wir den Militarismus bald los sein. —

Die Adresse der französischen Sozialisten an die deutsche Sozialdemokratie ist unseren Mordspatrioten natürlich ein Dorn im Auge. Insbesondere die Stelle, wo es nach der deutschen Uebersetzung heißt, die französischen Sozialisten seien die Verbündeten der deutschen Sozialisten „gegen das Deutsche Reich", wird mit Vorliebe chauvinistisch ausgeschlachtet. Da sehe man, wie die deutsche Sozialdemokratie gegen das eigene Vaterland sei. Mit dem deutschen Vaterland hat die Adresse aber garnichts zu thun; und nur eine ungenaue Uebersetzung konnte die Handhabe zu solchem denunziatorischen Altweiber-Quatsch geben. Im Original heißt es nämlich: contre l'Empire allemand, was zwar Deutsches Reich schlechtweg heißen kann, dem Sinn und Zusammenhang nach aber offenbar „deutsches Kaiserthum" heißt. Empire hat nämlich die Doppelbedeutung: Reich und Kaiserthum. Daß unsere französischen Genossen Feinde des Kaiserthums sind, ist ebenso selbstverständlich, als daß wir deutsche Sozialisten ein napoleonisch-cäsaristisches Kaiserthum, den sozialen oder kapitalistischen Imperialismus, prinzipiell verurtheilen und bekämpfen. —

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Im Kanton St. Gallen ist jüngst ein Gesetz, betreffend Erbschafts-, Vermächtniß- und Schenkungssteuern vom Großen Rath beschlossen worden. Da die Referendumsfrist mit dem 25. Juni abläuft und bisher ein Begehren auf Volksabstimmung über dieses Gesetz von keiner Seite gestellt wurde, dürfte dasselbe in nächster Zeit unbeanstandet in Wirksamkeit treten. Da das sozialdemokratische Programm die Einführung der Erbschaftssteuer fordert und die besitzenden Klassen in Deutschland eine tiefe und wohlbegreifliche Abneigung gegen diese Steuer haben, dürfte es für die Leser des „Vorwärts" von Interesse sein, die Hauptgrundzüge des St. Gallischen Erbschaftssteuergesetzes kennen zu lernen. Danach unterliegt ihm jeder erb- oder schenkungsweise Eigenthumsübergang an unbeweglichen Sachen, welche auf dem Gebiete des Kantons St. Gallen liegen, ebenso an beweglichem Vermögen, wenn der betreffende Erblasser oder Schenker, ersterer im Zeitpunkte seines Absterbens, letzterer im Zeitpunkte der Schenkung, im Kanton St. Gallen seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hatte. Diesem Grundsatze gegenüber steht der der Schonung der nächsten Verwandtschaftsgrade, der kleinen Vermögen und der öffentlichen Güter und Stiftungen, welche gemeinnützigen, kirchlichen, künstlerischen und wissenschaftlichen Zwecken dienen. Erbschaften bis zum Betrage von 10 000 Fr., welche von Gesetzeswegen an Verwandte des ersten Grades in auf- und des ersten und zweiten Grades in absteigender Linie vom Ehegatten ausgerichtet werden, sind steuerfrei, desgleichen Vermächtnisse und Schenkungen, welche für einen einzelnen Empfänger 1000 Fr. nicht übersteigen, sowie Vermächtnisse an Angestellte und Bedienstete bis auf den Betrag von 2000 Fr.

Die Steuer wächst mit der verwandtschaftlichen Entfernung des Erben vom Erblasser. Verwandte des ersten Grades in aufsteigender, des ersten und zweiten Grades in absteigender Linie und Ehegatten haben, wenn ohne Testament nach Gesetz geerbt wird, vom Ueberschuß über 10 000 Fr. ½ pCt. Steuer zu entrichten, Erben des zweiten Grades der Seitenlinie 2 pCt., des zweiten Grades in aufsteigender Linie 3 pCt., des dritten Grades 4, des vierten 6 und aller weiteren Grade 10 pCt. Was die Ausmittlung des Bestandes einer Hinterlassenschaft anbelangt, so sind die Erben pflichtig, innerhalb Monatsfrist vom Tode des Erblassers nach festzustellender Form ein Inventar über den Nachlaß vorzulegen und die Vollständigkeit unterschriftlich zu bezeugen. Die Theilung des Steuertrages zwischen Staat und Gemeinde geschieht derart, daß der erstere zwei Drittel und die Wohngemeinde für Zwecke des Polizei-, Schul- und Armenwesens ein Drittel erhält.

Progressive Einkommen- und scharfe Erbschaftssteuer an stelle der indirekten Steuern wäre gesunde Steuerpolitik, die der Staatskasse und dem Volke helfen würde.

Der schweizerische Grütliverein, die stärkste politische Organisation der Schweiz — sie zählt ca. 16 000 Mitglieder —, die erst jüngst sich auch formell zu den Grundsätzen der Sozialdemokratie bekannte, nachdem sie in diesem Sinne seit langem schon praktisch gewirkt hat, hält Mitte Juli in Neuenburg seine Delegirtenversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen außer Anträgen auf Vergrößerung des Vereinsorgans „Der Grütlianer", Vorträge von Lang über Maßnahmen zum Schutze des Vereinsrechts, von Wullschleger über die politische Polizei, von Scherrer über Vereinheitlichung des Strafrechts, vom zürcherischen Fabrikinspektor Kern über Berufsgenossenschaften und überdies Stellungnahme zum Entwurfe des eidgenössischen Kranken- und Unfallversicherungs-Gesetzes. Wir werden s. Z. über die bezüglichen Verhandlungen ausführlicher berichten.

Die schweizerische Arbeiterpresse macht Fortschritte. Nachdem mit 1. Mai in Luzern und anfangs Juni in Zofingen (Kanton Aargau) je ein neues Arbeiterblatt erschienen ist, soll nun mit 1. Oktober der jetzt wöchentlich erscheinende Basler „Arbeiterfreund" täglich erscheinen. Es wäre dies das erste täglich herauskommende sozialistische Blatt in der Schweiz. Ueber die Nothwendigkeit einer Tageszeitung für die Sozialdemokratie kann angesichts der zahlreichen großen und kleinen Preßorgane der bürgerlichen Parteien kein Zweifel bestehen. Zu wünschen ist nur, daß das Blatt sich auch halten kann. Der Titel „Arbeiterfreund" wird durch „Vorwärts" ersetzt werden.

Die Züricher „Unabhängigen" haben es im deutschen Verein „Eintracht" so arg getrieben, daß diese große Organisation nahezu in ihrer Existenz bedroht erscheint. Um dem zerstörenden Treiben dieser verschämten Anarchisten eine Grenze zu ziehen, beschloß Ende Mai eine Versammlung des genannten Vereins, dessen Lokalitäten den „Unabhängigen" nicht mehr zu überlassen.

Ueber die Friedensdebatte im englischen Unterhaus berichteten wir in der Hitze des Wahlkampfes nur ganz kurz. Wir kommen nachträglich auf die Sache zurück. In der Sitzung des Unterhauses vom Freitag der vorigen Woche kam bekanntlich die Frage der internationalen Schiedsgerichte und des wachsenden Militarismus zur Sprache. Der Abgeordnete Cremer stellte nämlich einen Antrag, in welchem die Hoffnung ausgesprochen war, daß die Regierung bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit mit der Regierung der Vereinigten Staaten in Verhandlung treten werde, um einen Vertrag zwischen den beiden Nationen zu schließen, welcher sie in den Stand setzt, alle Differenzen zwischen ihnen, die durch die Diplomatie nicht gelöst werden können, einem Schiedsgerichte zu unterwerfen. Gladstone, welcher sich in einer langen Rede darüber verbreitete, schlug statt des Amendements eine Resolution vor, die auch angenommen wurde. Diese Resolution fordert das Haus auf, seine Befriedigung darüber auszusprechen, daß der Kongreß der Vereinigten Staaten den Präsidenten beauftragt habe, zu gunsten eines Schiedsgerichtes zu verhandeln. Im Laufe seiner Rede äußerte sich der Premier auch über den Militarismus. In den letzten Generationen und den letzten Kriegen, führte er aus, seien neue Mittel und Methoden gefunden worden, der Menschheit viele und große Leiden aufzuerlegen, und unter dem Namen und dem System des Militarismus haben die Völker auch in Friedenszeiten viel zu dulden. Mag es auch beabsichtigt sein, den Frieden dadurch zu fördern, so könne es doch nicht geleugnet werden, daß der Militarismus ein schrecklicher Fluch und eine abscheuliche Plage für die Zivilisation sei. Die große Frage, ob derselbe dazu geeignet sei, den Krieg abzuwenden oder zu provoziren, sei bis jetzt noch ein ungelöstes Problem.

Hierzu bemerkt die „Frankfurter Zeitung", der wir vorstehendes Resumee entnehmen:

Leider war der englische Premier nicht in der Lage, uns Festländischen ein geeignetes Mittel anzugeben, wie wir den Militarismus loswerden können. Die Engländer, die auf ihrer Insel geschützt wie in einer Festung sitzen, haben bis jetzt noch keine besondere Veranlassung gehabt, solche Mittel zu studiren, und vor dem Kriege selbst haben sie sogar unter Gladstone nicht immer den rechten Abscheu gezeigt. Desto erfreulicher ist es, wenn sie sich jetzt anschicken, der Schiedsgerichtsidee einen neuen Aufschwung zu geben. Ein Staatsvertrag zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten mit dem oben angedeuteten Inhalt wäre ein gewaltiger Fortschritt, ein hochbedeutsames internationales Ereigniß. Mit Recht meint die „Westminster Gazette": „Sollte diese Resolution, wie wir hoffen, zu einem praktischen Resultate führen, so mag dieselbe als das bedeutendste Ereigniß dieser Session angesehen werden. Denn so wichtig auch Homerule für die 5 Millionen Irländer sein mag, so muß doch das Zustandekommen eines Paktes für den beständigen Frieden zwischen den Millionen der angelsächsischen Rasse für die Welt von unendlich viel größerer Bedeutung sein." Hoffentlich bleibt es nicht bei der Resolution, sondern es folgt ihr bald die That.

Nun, von dem englischen Premier verlangen wir auch kein Rezept gegen den Militarismus. Wir haben schon ein unfehlbares Mittel: es gehört blos etwas Standhaftigkeit und Muth dazu, es anzuwenden. Wenn das deutsche Volk sich nicht wieder von den Molochanbetern einfangen läßt, und seine Opposition von Tag zu Tag verschärft, statt sie einschlafen zu lassen, dann werden wir den Militarismus bald los sein. —

Die Reichstagswahlen.

Eine merkwürdige Nachricht. Die „Kreuz-Zeitung" meldet: „Die Wahlen in Barmen-Elberfeld und in Mettmann-Lennep sind ungiltig! Der Ort Sonnborn wählte mit Elberfeld, weil er seit kurzem kommunal dazu gehört; es wurde nicht beachtet, daß Sonnborn trotzdem wie früher mit Lennep hätte wählen müssen, da eine Aenderung der Wahlbezirke nur durch Gesetz, nicht durch die Kommune bewirkt werden kann." — Das gleiche Experiment ist in Köln gemacht worden, wo auch die neu einverleibten Vororte dem Stadtkreis zugeschlagen wurden. Die Gesetzesunkenntniß der in Frage kommenden Behörden hat also die Ungiltigkeit von zwei, event. vier Wahlen im Gefolge.

Daß Bebel das Mandat in Hamburg angenommen habe, hält das „Wolff'sche Telegraphenbureau" für nöthig mitzutheilen. Die Erklärung der Annahme der Wahl in Hamburg war selbstverständlich, so lange Bebel nicht die amtliche Anzeige seiner Wahl in Straßburg erhalten. Erst wenn dies geschehen, kann unser Genosse sich entscheiden, welches von den beiden Mandaten er behält.

Aus Halle a. S. wird uns geschrieben: Als im Jahr 1890 unser Kandidat mit dem Nationalliberalen in die Stichwahl kam, fühlte sich der Freisinn veranlaßt, für uns zu stimmen. In der damaligen Hauptwahl war das Verhältniß folgendes: Es erhielt der Kandidat der Sozialdemokratie 12 380 Stimmen, der nationalliberalen Partei 9 145, des Freisinns 7 559. Bei der Stichwahl fielen auf unseren Kandidaten 14 874 Stimmen, d. h. 2 494 St., welche sich hauptsächlich aus dem freisinnigen Lager rekrutirten, mehr als bei der Hauptwahl. Bei der jetzigen Hauptwahl wurden 12 991 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Diese können unseren Ideen offenbar nicht abwendig gemacht werden, da wir sie trotz der Machinationen aller fünf gegnerischen Parteien bekamen und da unser Kandidat von dieser Gesellschaft schändlicherweise sogar zum Dieb erklärt worden war! Bei der Stichwahl stiegen die reinsozialistischen Stimmen noch bis auf 14 021. Dagegen mußten sich alle fünf gegnerischen Parteien vereinigen, um uns das Mandat zu entreißen. Wir haben seit 1890 einen Zuwachs von 1641 Stimmen zu verzeichnen, was um so schwerer wiegt, als die Gegner, wie aus dem Gesagten hervorgeht, wohl in keinem anderen Wahlkreise mit so schimpflichen Mitteln gegen uns gekämpft haben als in Halle a. S. Ob Jude oder Antisemit, ob Konservativer, Nationalliberaler oder „Freisinniger" — sie reichten sich brüderlich die schmutzigen Finger, um das arbeitende Volk um den Sitz im Reichstage zu prellen.

Fürwahr, ein Bild der politischen Fäulniß des Bürgerthums, dem gegenüber der endliche dauernde Sieg des sozialistischen arbeitenden Volkes uns um so zwingender zum Bewußtsein kommt.

Die Freisinnigen, „Demokraten" und wie sie sich sonst nennen, stimmten in der Mehrzahl in den Stichwahlen gegen uns in Elberfeld zu gunsten des Antisemiten, in Mannheim zu gunsten des Nationalliberalen.

Gegen die Militärvorlage sind in Bayern 608 078, dafür 154 693 Stimmen abgegeben worden.

Lübeck. Gegen die Wahl des Kandidaten der Freisinnigen Vereinigung, Görtz, wird von den Sozialdemokraten Protest eingelegt.

Wie konservative Wahlen „gemacht" werden, hat die gegenwärtige Wahlbewegung an manchen drastischen Beispielen gezeigt. Ein weiteres Beispiel liefert das Wirsitzer Kreisblatt vom 21. Juni in einem Inserat, worin für die im Wahlkreise Wirsitz-Schubin stattfindende Stichwahl die deutschen Wähler aufgefordert werden, für den freikonservativen Gutsbesitzer J. Ritter (Nakel) zu stimmen unter dem Hinzufügen: „Mit einem anderen Namen versehene Stimmzettel sind ungiltig." So etwas darf in einem unter der Aegide des Landraths gedruckten Kreisblatt gedruckt werden! Es zeugt diese „Bauernfängerei" höchsten Grades weder von einer besonderen Ehrlichkeit des oder der Verfasser dieses Inserats noch von einem Vertrauen auf den Verstand und die Einsicht der Wähler, die mit der angedrohten Ungiltigkeit aller Stimmzettel, die nicht für den freikonservativen Kandidaten abgegeben werden, zu einer „giltigen" Stimmabgabe veranlaßt werden sollen — im Kreisblatt.

Ein Muster-Politiker ist der soeben in Leipzig-Stadt gewählte nationalliberale Professor Hasse. Er hat sich die Antisemiten-Stimmen durch folgende Erklärung erworben:

„Ich werde für das Verbot weiterer Judeneinwanderung und für eine möglichst weitgehende Ausweisung fremdländischer, bei uns noch nicht naturalisirter Juden stimmen. Ich vermag zur Zeit mangels genügender Information nicht einzusehen, welchen öffentlichen Nutzen die Uebersetzung des Talmud und Schulchan Aruch von Staatswegen haben soll. Doch würde ich kein grundsätzliches Bedenken haben, für einen derartigen, genügend begründeten Antrag zu stimmen. Ich würde für ein Verbot des Schächtens stimmen."

Soziale Uebersicht.

Achtung, Kürschner! Das Resultat der Arbeitsniederlegung ist bis jetzt ein sehr gutes und die Stimmung der Kollegen und Kolleginnen eine ausgezeichnete. In der Pelzbranche wird der Kampf, wie zu erwarten war, sehr leicht sein, es haben bis jetzt bereits 25 Firmen mit 75 Arbeitern und 170 Arbeiterinnen unsere gestellten Forderungen bewilligt. Gegen die Forderungen stellen sich bis jetzt nur 2 Werkstellen mit 7 Arbeitern. In der Mützenbranche gestaltet sich die Sache etwas anders. Es haben bis jetzt 12 Arbeitgeber mit 30 Arbeitern und 85 Arbeiterinnen bewilligt. Nicht bewilligt haben 20 Werkstätten mit 45 Arbeitern und 80 Arbeiterinnen. Wir ersuchen die Kollegen und Kolleginnen, überall, wo die Forderungen bewilligt werden, die Lohnkommission sofort zu benachrichtigen. Außerdem fordern wir die Kollegen auf, die Arbeit nur vom Arbeitsnachweis Landwehrstr. 11 zu entnehmen, damit sie wissen, wer unsere Forderungen bewilligt hat. Die nächste öffentliche Versammlung findet am Mittwoch, den 28. Juni, Abends 8 Uhr, im Schützenhause Linienstr. 5/6 statt. (Siehe heutiges Inserat.) Der Arbeitsnachweis, sowie das Streikbureau befindet sich Landwehrstr. 11 im Restaurant Mertins.

Die Lohnkommission.
J. A.: A. Regge, Stallschreiberstr. 24, 2 Tr.

NB. Die Streikliste Nr. 40 ist Sonntag im Schützenhause verloren gegangen und bitten wir, falls dieselbe zum Zeichnen vorgelegt werden sollte, sie anzuhalten und bei Mertins, Landwehrstraße 11, abzugeben.

Aus New-York wird uns geschrieben: Die Homestead-Komödie hat durch Niederschlagung der Anklagen gegen Frick und Konsorten, und als Ausgleich auch derjenigen gegen die noch nicht verurtheilten Streiker, ihr Ende gefunden. Die Anwälte des Verbandes der Eisenarbeiter hatten selbst dieses Verfahren empfohlen, doch wird von den Verbandsbeamten erklärt, daß es ohne ihr Wissen und ihre Einwilligung geschehen sei.

In der Nähe von Chicago hat sich eine blutige Affäre zwischen Arbeitern abgespielt, indem bei den dortigen Drainage-Arbeiten beschäftigte Neger, die an Stelle streikender Arbeiter getreten waren, infolge direkter Anhetzung seitens der Kontraktoren — von denen sie mit Waffen versehen worden waren — auf einen Zug der Streiker schossen, die auf dem Wege zu einer Versammlung waren. Die ersten Nachrichten, daß die Streiker die Neger angegriffen hätten, waren falsch. Es sei noch erwähnt, daß die jetzigen Streiker, meistens Polen sowie einige Deutsche und Schweden, vor einigen Jahren dieselbe Rolle gespielt haben, wie jetzt die Neger, indem sie in die Stellen der damals Streikenden eintraten. Es kam auch damals zu Blutvergießen; von den Milizsoldaten wurde eine Anzahl Personen, darunter mehrere Frauen, getödtet und verwundet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 27. Juni.

Opernhaus. Bajazzi (Pagliacci). Vorher: Djamileh.
Neues Theater. Der Widerspenstigen Zähmung.
Deutsches Theater. Der Talisman.
Berliner Theater. Der Hüttenbesitzer.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Boccaccio.
Kroll's Theater. Romeo und Julia.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
National-Theater. Kabale und Liebe.
Adolf Ernst-Theater. Der Schwiegerpapa.
Alexanderplatz-Theater. Vor Sonnenaufgang.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Im Theater:
Volks-Vorstellung zu bedeutend ermässigten Preisen.
Kabale und Liebe.
Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller. — Regie: Max Samst. Kassenöffnung 5½ Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7½ Uhr.
Im Garten auf d. Sommerbühne.
Die Konfektioneuse.
Volksstück m. Gesang u. Tanz in 4 Akten v. **Erich Stefen.** Regie: **Fritz Schäfer.**
Vor und nach der „Konfektioneuse": Auftreten von Spezialitäten 1. Ranges.
Morgen: Volks-Vorstellung. **„Ein Wintermärchen".** Schauspiel in fünf Akten von Shakespeare. Musik von N. Flotow.

Passage-Panopticum.

Neu:
Blaue Grotte.
Neu:
Geistertisch.
Das Wunderpferd.
Täglich 6—10:
Spezialitäten-Theater ohne Extra-Entree.

Castan's Panopticum.

Neu:
Der Tod als Erlöser.
Neu:
Die Schrecken des Meeres.
Bauern-Aufstand!
Illustonist. Vorstellungen.
Irrgarten. — Schreckenskammer.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Im prachtv. Sommergarten täglich
Gr. Garten-Concert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Bei ungünstigem Wetter findet die Vorstellung im Saale statt.
Anfang: Sonntags 6 Uhr.
Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Gratweil'sche Bierhallen.

Kommandantenstr. 77—79.
Täglich:
Auftreten der Leipziger Sänger
vom Krystall-Palast.
Anf. Wochent. 7½ Uhr. Entree 10 Pf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Säle
für Festlichkeiten und Versammlungen.
Carl Koch.

Restaurant mit voller Konzess. an hies. Hafen mit lebhaft. Verkehr wegen Krankheit d. bish. Inh. sof. z. verm. Ausk. ertheilt **Werther,** Schiffbauerdamm 37, part. 5186*

Vereinszimmer, 30, 40—50 Personen. empf. **Krüger,** Reichenbergerstr. 146. *

Königl. italienischer Circus
Ernesto Ciniselli.

Stadtbahnstation Zoologischer Garten.
Heute, Dienstag, den 27. Juni:
Gr. Brillant-Vorstellung.
Zum 2. Male: **Grosses Hurdle-Rennen,** geritten von mehreren Damen und Herren der Gesellschaft mit ca. 20 der besten Springpferde. — Auf vielseitiges Verlangen: **Zum letzten Male: Die Statue der Venus.**
Große phantastische Ballet-Pantomime vom königl. italien. Hof-Balletmeister Sigr. **Tignani.**
In Vorbereitung: **Die Erschaffung des Weibes oder: Das Weib durch die Jahrhunderte.** Große Ausstattungs-Pantomime, mit durchweg neuen Dekorationen, Kostümen, Requisiten 2c. 2c. (Gesetzlich geschützt.)
Achtungsvoll
Ernesto Ciniselli, Direktor.

Norddeutsche Brauerei.

58. Chaussee-Strasse 58.
Täglich:
Concert.
Wochentags Entree frei.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Die neu eingerichtete Kaffeeküche ist den geehrten Gästen von 2 bis 6 Uhr geöffnet! 4146L*

Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80 und 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie **Concert.**
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., reservirter Platz 50 Pf.
4127L* **Helmuth Peters.**

Moritz-Platz. **Etablissement Buggenhagen.** Moritz-Platz.
Täglich: **Instrumental-Konzert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch.** Spezial-Ausschank von **Patenhofer Lagerbier,** hell und dunkel. An **Sonn- und Festtagen** findet das Konzert in den **oberen Sälen** statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten 2c.

Schweizer-Garten

am Königsthor.
Täglich:
Concert, Theater
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Geschwister Rigoli, Familie Carlo, Mr. Famora, Max Grabow, Gebr. Dissenato, Emma Lucas, Troupe Columbia und Gebr. Vercroa.
Im Saale: **BALL.** [4199L*

Ostbahn-Park

am Küstriner Platz,
(Hermann Jmbs)
Rüdersdorferstr. 71, am Ostbahnhof.
Täglich: Konzert, Theater u. **Spezialitäten-Vorstellung.**
Pantomimisten-Truppe **Garetton,** urkom. Taxameter-Droschkenfahrt, **Mr. De Dolfs,** Neger-Excentric 2c. Volksbelustig. jeder Art. 4 Kegelbahnen zur Verfügung.

Restaurant
Zur neuen Post,

Beuthstrasse 21.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch, reichhaltige Abendkarte.
Festsäle bis 1000 Personen zu **Hochzeiten** und sonstigen Festlichkeiten, **Versammlungen.** 4334L*
Vereinszimmer, Oktober u. Dezember sind noch einige Sonnabende u. Sonntage frei, an Wochentagen unentgeltlich.
Moritz Cohn.

Achtung! Neue Welt.
Den geehrten Fachvereinen zur Kenntniß, daß **Sonnabend, den 12. Aug. u. Montag, den 14. Aug.** frei ist zur Abhaltung von Sommerfesten unter den konlantesten Bedingungen. **A. Bethge,**
Oekonom der „Neuen Welt",
605b Hasenhaide 108.

5½ Pfund Brot für 50 Pfennig liefer. **Albrecht's Bäckerei,** **Wrangel-Strasse 8, Langestr. 26, Falkensteinstr. 28.**

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthe Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern des Vereins zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen **Malitz** (Annenstr. 37) am 24. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 27. d. M., Nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Alten Louisenkirchhofes in der Hasenhaide. Um zahlreiche Betheiligung bittet **Der Vorstand.**
162/14 J. A.: W. Lorey.

Sozialdemokr. Agitationsverein
für die Kreise
Wittenberg, Torgau u. s. w.
Mittwoch, 28. Juni, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn **Lehmann,** Neue Grünstraße 14:
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Die verflossene Reichstagswahl.
2. Anträge zur Generalversammlung.
388/14 **Der Vorstand.**

Zeugen, die am Dienstag, 20. Juni, Morgens ¾7 Uhr, Ecke Hasenhaide u. Wißmannstraße gesehen, wie eine Frau die andere verfolgte und Schimpfworte ausstieß, werden gerechtigkeitshalber gebeten, ihre Adresse Rixdorf, Hobrechtstraße 19, bei Urbe abzugeben. 608b

Die in der ganzen Welt rühmlichst bekannte 4181L*
„Helm-Putzpomade"
ist **nur** unser Erzeugniss. Dosen mit anderen Helmen und **nicht** mit **unserer** Firma weise man als werthlose Nachahmungen zurück.

Steppdecken
und
Schlafdecken
(mit kleinen Farbenfehlern)
spottbillig in der **Deckenfabrik** von
J. Brünn,
Hackescher Markt Nr. 4.
(Stadtbahnhof Börse.)

Sophastoff-Reste
in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquets spottbillig!
Proben franko!
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins. Andreasstr. 23. Hp

Arbeitsmarkt.

Karton-Zuschneider
als Werkführer, der auch die Kundschaft besucht, wird sofort verlangt.
609b **Beckert,** Schmidstr. 13.

Tüchtiger Farbigmacher (Lohnbeschäftigung) bei Kietschmann, Köpenickerstraße 109a. 607b

Schankgeschäft verkauft für jeden annehmbaren Preis. Näheres Kleinert, Oderbergerstr. 39, Hof 4 Tr. (Agenten verbeten.) 612b

Vork.-Gesch., gangb., anl. Wohnung, muß billig verk. **Kreuzlin,** Linienstraße 199. 611b

Dresdenerstr. 125 2 Tr. r. beim Oranienplatz möbl. Schlafst., sep., für 1—2 Herren. 303b

Stand Betten, 1 Paar feine Steppdecken, 3 Fenster Gardinen spottbillig zu verk. Prinzenstr. 66 2 Tr. r. 304M

Feuerversicherungs-Gesellschaft ersten Ranges
sucht unter besonders günstigen Bedingungen für **Berlin und Vororte**
tüchtige Agenten und Acquisiteure,
unter gewissen Verhältnissen auch gegen festes Einkommen. Gefällige Offerten unter **D. C. 948** an **Haasenstein und Vogler A.-G., Berlin W., Friedrich-Strasse 190.** 61/15*

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige **Haupt- u. Spezial-Agenten.** Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert.
Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 4363Q

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 27. Juni, Abends 8½ Uhr, im Lokale „Urania", Wrangelstr. 9/10.
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Landbevölkerung und die Sozialdemokratie. Referent Genosse Franz Berndt. 2. Diskussion. 3. Wahl der Revisoren. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Um zahlreichen Besuch ersucht
377/1 **Der Vorstand.**

Verein der Brauerei- und Bierverlags-Hilfsarbeiter zu Berlin.
Grosse Generalversammlung
am Mittwoch, den 28. Juni, Abends 8½ Uhr,
in Gründer's Festsälen (fr. Mundt), Köpenickerstr. 100.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung. 2. Wahl des definitiven Vorstandes. 3. Wahl der Vertrauensmänner. 4. Verschiedenes. 601b
NB. Mitgliedskarten und -Bücher werden beim Eintritt in das Lokal verabfolgt. Ebenso Aufnahme neuer Mitglieder daselbst. Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist unbedingt erforderlich. **Der provisorische Vorstand.**

Oeffentliche Versammlung
der Töpfer Charlottenburgs
am Donnerstag, den 29. Juni, Abends 6 Uhr,
im Saale „Bismarckshöhe", Wilmersdorfer Straße,
Ecke Bismarckstraße.
Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom VIII. deutschen Töpfer-Kongreß. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
324/16 **Der Vertrauensmann.**

Tischler, Drechsler, Bürstenmacher.
Mittwoch, 28. Juni, Abends 8½ Uhr, bei Buggenhagen,
am Moritzplatz:
Außerordentliche General-Versammlung
der Zahlstellen der betreffenden Zentralverbände.
Tages-Ordnung:
1. Konstituirung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 2. Wahl der Ortsverwaltung für denselben. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbücher legitimiren. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämmtlicher Kollegen nothwendig.
318/8 **Die Ortsverwaltung des deutschen Tischlerverbandes.**

Achtung! Kürschner. Achtung!
Mittwoch, 28. Juni, Abends 8 Uhr, im Saale des Schützenhauses.
Linienstraße Nr. 5/6:
Große öffentliche Versammlung der Arbeiter u. Arbeiterinnen der Kürschnerbranche.
Tagesordnung:
1. Situationsbericht über die Bewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Wir ersuchen die Kollegen und Kolleginnen dahin zu wirken, daß sämmtliche Werkstellen zahlreich vertreten sind.
190/16 **Die Lohnkommission.**

Uhren u. Goldwaaren Georg Wagner Oranienstr. 63, I.
in bester Ausführung zu den billigsten Preisen. Silb. Cylinder-Remontoir 12,75 M. Massiv gold. Trauringe, 1 Dukaten 10,50 M., 1½ Duk. 15,50 M., 2 Duk. 20 M.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Platze wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Großer Massen-Ausverkauf.
Nach beendeter Hauptsaison kommen von jetzt ab ca. 1000 Regenmäntel à 6,— M., 500 Jaquets à 4,50 M., 200 Staubmäntel à 3,50 M., 100 Umhänge in Wolle und Seide à 8,— M. zum Ausverkauf. 4323Q*
Damen-Mäntel-Bazar
Leipzigerstr. 91, 1 Tr.

Fertige Betten, großer Stand, Oberbett, Unterbett, 2 Kopfkissen, mit gereinigten neuen Federn, **12 Mk. Fertige Inlets.** Bettwäsche, Matratzen, alle Arten Stepp-, Schlaf- u. Bettdecken, Polsterbettstellen empfiehlt billigst das als streng reell bekannte, 1870 begründete Spezial-Geschäft von **S. Pollack, Oranienstr. 61,** am Moritzplatz.

Empfehle mein Geschäft in **frischen Blumen und Kränzen.** 3528 L
Robert Meyer,
Nr 2. Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

Rechtsbureau des Königlichen Amtsrichters a. D. Alte Jakobstraße 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 3381Q*

* **Dr. Hoesch,** homöopath. Arzt, Linienstr. 149. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Tischler-Werkstatt für Kunden-Arbeit, gute Kundschaft, ist wegen anderer Stellung zu verkaufen. Miethe 90 Thlr., seit 1885 bestehend. Franzstraße 6 Hof l. p. zu erfragen. 606b

Union, Königsgraben,
empfiehlt sich beim Abschluß von **Lebens- und Feuer-Versicherung** zu außergewöhnlich **billigen Prämien.** 4459Q

Mehl-Vorkost-Geschäft mit Rolle, Destillations-Niederlage, großer Bierumsatz, sof. billig z. verk. **H. Jäger,** Wallstraße 3/4. 604b

Kinderwagen, größtes Lager, bestes Fabrikat, auch Theilzahlung, nur allein **Oranienstr. 3** im Korbgeschäft.

Gangb. Destillation, passend f. Parteigenossen, zu verk. **Misch,** Swinemünderstr. 56, 4 Tr. 511b

Gutgehendes **Seifen-Geschäft** ist preiswerth zu verkauf. Zwinglistr. 27, Moabit. 531b

1 Bäckerei. 5 Werkstellen, 30 kleine Wohnungen,
Korridor, Stube und Küche 70—80 Thlr. z. vermieth. Schön. Sommer-Aufenthalt. Bis Oktober miethsfrei. 4289L*
Ziemer, Goethestraße 68.
10 Min. vom Bahnh. Zoolog. Garten.

Ruh. j. Mann findet frdl. Schlafst. Pallisadenstr. 15 2 Tr. l. 600b

Ein Genosse findet Schlafstelle bei Altendorf, Kulmstr. 6 part. 608b

Möbl. Schlafst. f. Herren od. Damen Reichenbergerstr. 52 v. 3 Tr. r. 598b

Schlafst. f. Herren Pallisadenstr. 29 bei Richter. 610b

Frdl. Schlafst. f. 2 H. Lausitzerstr. 2 v. 3 Tr. b. Teichert. 596b

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW, Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 148. Dienstag, den 27. Juni 1893. 10. Jahrg.

Ergebnisse der Stichwahlen.

In den Stichwahlen am 26. Juni wurden gewählt:

München I. Gastwirth Georg Birk (Soz.) mit 9737 St. gegen Burckhardt (Freisinnige Vereinigung) 7846.

Insgesammt sind nun gewählt **45** Sozialdemokraten.

Aus den übrigen Wahlkreisen liegt das Resultat noch nicht vor.

Sonstige Stichwahlen mit Sozialdemokraten.

Zauch-Belzig. 9. Potsdam. Dr. Kropatscheck K. gewählt.

Sorau. 8. Frankfurt. v. Plötz, konservativer Antisemit, 10 305, Dr. Lux S. 9235 St. v. Plötz gewählt.

Randow-Greifenhagen. 3. Stettin. Obgleich noch 19 kleinere Bezirke ausstehen, ist die Wahl von der Osten's K. gesichert.

Halberstadt-Oschersleben. 8. Magdeburg. Rimpau N. 17 000, Dahlen S. 10 200. Rimpau gewählt.

Mühlhausen. 3. Erfurt. (Berichtigtes Resultat, Privatdepesche.) Klemm N. erhielt 10 351, Neustergerling S. 6551 St. Klemm gewählt.

Kehdingen-Neuhaus-Geestemünde. 19. Hannover. Die Wahl Hahn's N. gilt für sicher. (Nach der „Kreuz-Zeitung“ ist Hahn mit 10 600 St. gegen Schmalfeldt S. mit 6200 St. gewählt).

Lauenburg. 10. Schleswig-Holstein. Bernstorff K. mit 4695 gegen Lesch S. mit 3681 St. gewählt. 7 Ortschaften stehen noch aus.

Hagen. 4. Arnsberg. Eugen Richter FV. mit 13 057 gegen Breil S. mit 8772 St. gewählt.

Dresden Land. 6. Sachsen. Hänichen A. gewählt.

Pirna. 8. Sachsen. Lotze A. gewählt.

Döbeln. 10. Sachsen. Sachse K. gewählt.

Schwarzburg-Sondershausen. Pieschel N. mit 7304 gegen Bock S. mit 4695 St. gewählt.

Lübeck. (Amtliches Ergebniß.) Gesammtzahl der abgegebenen Stimmen 15 896. Davon erhielten Görtz Vg. 8025, Schwartz S. 7871 St. Mithin ist Ersterer gewählt.

Berichtigung. In dem in der gestrigen Extra-Ausgabe gebrachten Namensverzeichniß der gewählten Abgeordneten muß es unter 10. Breslau-West Schriftsteller Dr. Bruno Schoenlank und unter 11. Breslau-Ost Tischlermeister Franz Tutzauer heißen.

Weiter ist Gotha nicht in der Stichwahl, sondern in der Hauptwahl gewonnen, und Niederbarnim nicht in der Hauptwahl, sondern in der Stichwahl behauptet worden. Den in der Hauptwahl behaupteten Mandaten ist Glauchau-Meerane zuzuzählen.

Der Ausfall der Wahl stellt sich im Gegensatz zu gestern so, daß wir **15** Mandate gewannen, **30** (einschließlich München I) behaupteten und **6** verloren.

Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien.

Allenstein-Rössel. 9. Königsberg. von Wolszlegier P., für Militärvorlage, mit etwa 1000 Stimmen Mehrheit gegen Narkowski Z. gewählt.

Landkreis Danzig. 2. Danzig. Meyer N. gewählt.

Rügen-Stralsund. 1. Stralsund. v. Langen A. gewählt.

Neustettin. 5. Köslin. Ahlwardt A. 7216, v. Herzberg K. 3022 St. 3 Bezirke stehen noch aus. Ersterer gewählt.

Namslau-Brieg. 4. Breslau. Berichtigung: Nach neuerer Ermittelung ist nicht J. Göllner FV., sondern Frhr. v. Saurma K. gewählt.

Meseritz-Bomst. 3. Posen. Frhr. v. Unruhe-Bomst N. gewählt.

Rosenberg-Löbau. 2. Marienwerder. Rzepnikowski P. wiedergewählt.

Thorn-Kulm. 4. Marienwerder. von Slaski P. wiedergewählt.

Deutsch-Krone. 8. Marienwerder. Gamp N. mit rund 1000 Stimmen Mehrheit wiedergewählt.

Czarnikau-Colmar. 1. Bromberg. Regierungs-Präsident v. Colmar K. gewählt.

Wirsitz-Schubin. 2. Bromberg. Ritter K. gegen von Komierowski P. gewählt.

Bromberg. 3. Bromberg. Definitives Ergebniß. von Czarlinski P. 6388, Falkenthal N. 7142. Ersterer gewählt.

Herdfeld-Rothenburg. 6. Kassel. Die Wahl Werner's A. gilt als gesichert.

Wetzlar. 1. Coblenz. Wiederwahl Krämer's N. gesichert.

Neustadt-Nienburg. 7. Hannover. Graf v. d. Decken W. gewählt.

Gifhorn. 14. Lüneburg. Wahl Rothbart's N. gesichert.

Uelzen. 15. Lüneburg. Die Wahl Graf Bernstorff's W. ist gesichert.

Lüneburg-Winsen. 16. Lüneburg. Wahl v. Wangenheim's W. gesichert.

Siegen. 1. Arnsberg. Dresler N. gegen Stöcker A. gewählt.

Einbeck-Northeim. 11. Hildesheim. Jorns N. gegen Graf v. d. Schulenburg W. gewählt.

Bretten-Sinsheim. 13. Baden. Graf Douglas K. gegen Frhrn. v. Mentzingen Z. gewählt.

Alsfeld-Lauterbach. 3. Hessen. Zimmermann A. gewählt.

Bensheim-Erbach. 6. Hessen. Hirschel A. gewählt.

Bingen-Alzey. 8. Hessen. Träger FV. gewählt.

Colmar. 3. Elsaß-Lothringen. Preiß Prot. mit 6374 St. gegen Ruhland, liberaler Elsässer, mit 6319 St. gewählt.

Parteinachrichten.

Ueber unsere Wahlergebnisse in Nordbayern schreibt die „Fränkische Tagespost“:

In Summa hat die sozialdemokratische Partei, nach Abzug der in einigen Kreisen erlittenen Verluste, einen Stimmenzuwachs von 9467 zu verzeichnen. Wobei unwesentliche Irrthümer — sei es in der gegenwärtigen Zusammenstellung, sei es in der von 1890 — nicht ausgeschlossen sind. So erfreulich dieser Zuwachs ist, so entspricht er doch nicht völlig den gehegten Erwartungen.

Da ist Unterfranken, das nur einen Fortschritt von etwa 70 Stimmen aufweisen kann. Sodann sind in den Kreisen Bamberg und Kronach nicht die alten Stimmenzahlen behauptet worden. Besonders Kronach brachte einen Verlust, der von Niemandem erwartet wurde. Hierfür haben sich freilich Hof und Bayreuth äußerst tapfer gehalten und auch Forchheim ist vorwärts gekommen.

In Mittelfranken bleibt Dinkelsbühl mit 1 Stimme hinter dem 1890er Resultat zurück, außerdem nahmen Eichstätt-Weißenburg und Neustadt a. A.-Rothenburg nur sehr wenig zu, so daß den Kreisen Nürnberg, Fürth und Schwabach allein der Erfolg zu danken ist.

Höchst erfreulich hat sich das Resultat in der Oberpfalz gestaltet. Die Zunahme von 4198 Stimmen im dunkelsten Theil, ohne stärkere Agitation als sie in anderen Kreisen entfaltet wurde, spricht eine deutliche Sprache und den braven Oberpfälzern sei hierdurch ganz besonders Anerkennung ausgesprochen.

Die Verluste in Bamberg, Kronach und Schweinfurt sind nur auf die bauernbündlerischen Bestrebungen zurückzuführen.

Die Bauernbunds-Bewegung, sagt die „Fränk. Tagespost“, liefert den eklatantesten Beweis von dem Zersetzungsprozeß in der Landwirthschaft. Die Unzufriedenheit steigt fortwährend und das Verlangen nach Bessergestaltung der Zustände wird immer mächtiger. Wegen der Verhältnisse, in denen er lebt, bleibt aber der Bauer in der wahren Erkenntniß hinter anderen Bevölkerungstheilen zurück, deshalb ist er politisch auch noch unzuverlässig, läuft heute dem, morgen jenem nach. Bamberg und Kronach sind schlagende Beweise hierfür und hier muß es vor allen Dingen der Zeit und der Noth überlassen bleiben, uns stabile Anhänger zu schaffen. Zeit und Noth sind vortreffliche Lehrmeister, sie werden uns die Agitation wesentlich erleichtern.

Aus den angeführten Umständen glauben wir aber auch den Schluß ziehen zu müssen, daß die Sozialdemokratie ihr Hauptaugenmerk auf die industriereicheren Gegenden zu richten hat, ihre Kräfte bei Wahlen mehr konzentriren muß, um erfolgreicher schlagen zu können. Damit sei nicht gesagt, daß man die Propaganda in rein ländlichen Bezirken unterlassen soll, aber es ist doch leicht zu begreifen, daß da, wo Industrie zu Hause ist — und die Oberpfalz lehrt uns dies deutlich — der Sozialdemokratie durch die ökonomischen Zustände bereits der Boden geebnet ist und ihre Ideen rascher und fester Wurzeln fassen. Der Industrieproletarier ist mit tausend Fäden mit uns verwachsen. Sein Horizont ist auf grund der Verhältnisse, in denen er lebt, ein größerer, als jener des Landproletariers. Der besitzlose Industrie-Arbeiter fängt viel eher an, logischer zu denken und erkennt, daß sein Heil nur bei der Sozialdemokratie zu suchen ist. Der Kleinbauer, so wenig vermögend er ist, bleibt neuen Ideen weit mehr verschlossen, er ist konservativ und mancher verhungert lieber auf der verschuldeten, nur nominell ihm gehörigen Scholle, als daß er einen entscheidenden Schritt vorwärts thut. Deshalb erscheint es uns richtiger, in erster Linie die Arbeit in den Industriebezirken zu verrichten, ohne die Agitation in rein bäuerlichen Bezirken zu vernachlässigen. Der antikollektivistische Bauernschädel ist nicht mehr in alter Stärke vorhanden und die Aussichten auf dem Lande sind gut für uns. Haben wir diesmal an einigen Stellen mit Verlust gearbeitet, so werfen wir die Flinte nicht ins Korn. Neue Erfahrungen sind gesammelt, die im Laufe der Zeit zur Verwerthung gelangen, und Jenen, die etwa triumphiren, wird noch manche bittere Stunde durch die siegreiche Sozialdemokratie bereitet werden. Jetzt beginnt wieder die Friedensarbeit und dieser Arbeit muß eine weit größere Aufmerksamkeit als bisher zugewendet werden. Wenn auch seit etwas über 2 Jahren schon viel geleistet wurde, so reicht das noch nicht aus. Mit Ausnahme der Oberpfalz und einigen Theilen Frankens konnte anderwärts noch keine nachhaltige Agitation entfaltet werden, blieb alles brach liegen. In der Oberpfalz ist unsere Thätigkeit reich belohnt worden und wenn wir auch, unterstützt von allen Genossen, in anderen Bezirken während des Friedens ruhig ein- und vorwärtsdringen, dann wird künftig ein ganz anderes Resultat gezeitigt. Agitiren und organisiren sei die Parole!

* * *

Ueber das Wachsthum der Sozialdemokratie in Elsaß-Lothringen bringt die „Els.-Lothr. Volks-Zeitung“ folgende interessante Zusammenstellung.

Wahlkreise	1887	1890	1893
1. Altkirch Thann	—	—	3 445
2. Mülhausen	570	9749	12 158
3. Kolmar	—	—	1 969
4. Gebweiler	—	—	2 453
5. Rappoltsweiler	—	—	1 900
6. Schlettstadt	—	—	175
7. Molsheim-Erstein	—	—	3 106
8. Straßburg-Stadt	103	4773	6 206
9. Straßburg-Land	—	91	4 724
10. Hagenau-Weißenburg	—	—	2 063
11. Zabern	—	—	—
12. Saargemünd-Forbach	—	—	4 724
13. Diedenhofen-Bolchen	—	—	504
14. Metz	—	—	3 458
15. Saarburg-Château-Salins	—	—	—

* * *

„Unabhängiges.“ In seiner letzten Nummer tischt der „Sozialist“ seinen Lesern unter der Spitzmarke „Sozialistische Zukunftsbilder“ wieder eine grausige Geschichte darüber auf, wie die Sozialdemokraten, „wenn sie zur Herrschaft kämen“, handeln würden. Anlaß zu der Schauermär giebt die Inhaftirung des Genossen Kater aus Barleben, dessen Familie angeblich keine Unterstützung erhalten soll, weil Kater hier in Berlin bei einem „Unabhängigen“ logirt. Natürlich ist die ganze Geschichte von A bis Z erlogen. Auf eine vom Parteivorstand nach Barleben gerichtete Anfrage antwortete der dortige Vertrauensmann:

„Werther Genosse! Auf Ihre Anfrage in Sachen unseres Genossen Kater, Barleben, theile ich Ihnen mit, daß wir unserer Verpflichtung Kater gegenüber voll und ganz nachkommen. Wir unterstützen die Familie eines Inhaftirten, laut Beschluß einer Kreisversammlung, die Frau mit 5 M. und jedes Kind mit 1,50 M. pro Woche.“

Ein Wort dieser Klarstellung hinzuzufügen erübrigt sich wohl.

* * *

Den entgegengesetzten Erfolg, als wohl beabsichtigt gewesen ist, hat ein Unternehmer mit einem Zeugniß erreicht, das er einem Lehrling ausstellte, der von ihm wegen Verbreitung sozialdemokratischer Schriften entlassen worden war. Das Zeugniß lautete: Der Schriftsetzer-Lehrling H... E....., welcher vom 16. Januar d. J. bis heute bei mir lernte, ist heute von mir wegen Verbreitung sozialdemokratischer Schriften entlassen. Havelberg, 31. Mai 1893. J. Hintze, Buchdruckereibesitzer.“ Der Lehrling hat gerade auf dieses Zeugniß hin Stellung in einer Buchdruckerei bekommen, die er, wie wir nicht zweifeln, benützen wird, um sich zu einem tüchtigen Setzer auszubilden, damit er dereinst auch in dieser Beziehung ganz und voll seinen Mann stellen kann.

* * *

Todtenliste der Partei. Am 22. Juni starb in Frankfurt a. M. der Parteigenosse Ferdinand Kristupeit an den Folgen eines Leidens, das er sich im 1870/71er Feldzuge geholt hatte.

Lokales.

Bei der Stichwahl im Kreise Teltow-Beeskow erhielt in Tempelhof der Konservative Ring nicht 1432, sondern nur 432 Stimmen, unser Kandidat Zubeil dagegen 584.

Ein hiesiger Milchpächter, der in dem mecklenburgischen Orte Bärsdorf auf dem Gute des Landsraths von Oertzen die Milch gepachtet und zu dem Zwecke dort einen Milchkühler angestellt hat, erhielt nach der Reichstagswahl, am 20. Juni, vom Inspektor des Gutes folgende Aufforderung: „Im Namen des Herrn Landrath von Oertzen ersuche ich Sie hiermit, den bisherigen Kühler ablösen zu lassen.“ Auf die Anfrage nach dem Grunde dieses Verlangens wurde dem Milchpächter von dem Gutsinspektor schriftlich erwidert: „Grund zur Entlassung des Kühlers ist, daß derselbe sozialdemokratisch gewählt hat und ist Ihnen ja auch bekannt, daß der Herr Landrath Sozialdemokraten auf seiner Begüterung nicht duldet.“ Der Herr Landrath sollte mit seinen Entlassungen etwas vorsichtiger sein. Bei dem heutigen Stand der Dinge, wo auch das mecklenburgische Landvolk erkannt hat, daß einzig die Sozialdemokratie es aus seiner unwürdigen Lage befreien kann, dürfte sich auf seinem Gut bald überhaupt niemand mehr finden, der für ihn Mehrwerth erzeugt, wenn er im Punkte Sozialdemokraten seine Arbeiter auf Herz und Nieren prüfen wollte.

Aus Schneidemühl ergeht ein Hilferuf, unterzeichnet vom Oberpräsidenten der Provinz Posen und vom Regierungspräsidenten zu Bromberg, sowie einer Anzahl Honoratioren aus Schneidemühl. Wir glauben, daß bei solchen elementaren Unfällen es Pflicht des Staates ist einzugreifen, daß die Privatwohlthätigkeit die Hilfe des Staates nicht ersetzen kann, und vor allem nur eine lückenhafte und nicht willkürfreie Unterstützung gewährt. Es ist verdammte Pflicht und Schuldigkeit des Staates, bei solcher Gelegenheit einzugreifen und nicht erst auf Bettelgroschen zu warten.

Rixdorf. Die hiesigen Parteigenossen hatten sich am Sonnabend, den 24. d. M., in den Lokalen von Gröpler und Wiersing zur Entgegennahme der Wahl-Resultate so zahlreich eingefunden, daß beide Lokale überfüllt waren. Mit unendlichem Jubel wurden die fortwährend einlaufenden Siegesnachrichten entgegengenommen, welche uns die Genugthuung gaben, daß unser Genosse Zubeil trotz aller Machinationen der Gegner mit überwälligender Majorität aus der Stichwahl als Sieger hervorgegangen. Mit gleichem Jubel wurden der glänzende Sieg unserer Partei in Berlin, Elberfeld-Barmen, Homburg v. d. H. u. a. entgegengenommen und unter brausenden Hochrufen auf die völkerbefreiende internationale Sozialdemokratie gingen die Versammlungen gegen 12 Uhr auseinander.

In einer der in letztvergangener Woche abgehaltenen Versammlungen wurde ein vielleicht irrthümlicher Weise abgegebenes Geldstück bei der Tellersammlung vorgefunden. Im Falle der Geber dasselbe reklamiren will, wolle derselbe sich in der Expedition des „Vorwärts“ melden.

Die Ernährung der Kinder ist im Gegenwartsstaat von dem natürlichen Zustande, der Ernährung mit der Mutterbrust, sehr weit entfernt. In der besitzlosen Klasse können viele Mütter ihre Kinder nicht selber nähren, weil sie zu kraftlos dazu sind oder weil sie durch ihre Arbeit davon abgehalten werden; in der besitzenden Klasse haben viele Mütter keine Lust, ihrem Kinde diese naturgemäße Nahrung zu geben, weil sie die damit verbundenen mancherlei Unbequemlichkeiten scheuen oder weil sie sich in ihren Vergnügungen nicht stören lassen wollen. Also tritt ein Ersatz für die Muttermilch ein: die Thiermilch. Bei den Aermeren unter den Armen, denen die Kuhmilch zu theuer und die dabei nothwendig werdende Abwartung des Kindes zu zeitraubend ist, greift bald noch ein schlimmeres Surrogat Platz. „Sonstige Nahrung“ heißt eine Rubrik in den amtlichen Tabellen über die Art der Ernährung der Kinder. Bei manchem Proletarierkinde hat man darunter leider Brot und Kartoffeln zu verstehen. Bei den Reicheren unter den Reichen, denen die Kuhmilch zu schlecht ist, hält man sich eine Amme. Daß dieser Luxus wirklich nur und ausschließlich der besitzenden Klasse möglich ist, ergiebt sich aus einer im Doppeljahrgang 15/16 des „Statistischen Jahrbuchs der Stadt Berlin“ enthaltenen Uebersicht. Man hat die Art der Ernährung aller Kinder unter 1 Jahr mit der Zahl der Zimmer der von den Eltern bewohnten Wohnungen zusammengestellt. Für das Jahr 1890 ergab sich dabei, daß mit Muttermilch ernährt wurden: von den Kindern in Wohnungen von 1 Zimmer 58,4 pCt., von den Kindern in Wohnungen von 2 Zimmern 56,4 pCt., von denen in Wohnungen von 3 Zimmern 49,3 pCt., in Wohnungen von 4 Zimmern 37,9 pCt., von 5 Zimmern 31,1 pCt., von 6 Zimmern 21,0 pCt., von mehr als 6 Zimmern 17,5 pCt. Dagegen wurden mit Ammenmilch ernährt: von den Kindern in Wohnungen von 1 Zimmer 0,0 pCt., von denen in Wohnungen von 2 Zimmern 0,1 pCt., in Wohnungen von 3 Zimmern 0,7 pCt., von 4 Zimmern 4,7 pCt., von 5 14,2 pCt., von 6 25,6 pCt., von mehr als 6 Zimmern 31,8 pCt. Das „Satistische Jahrbuch“ bemerkt dazu: „In der Vertheilung der Ernährungsarten innerhalb jeder Gruppe nach der Zimmerzahl tritt auch diesmal die Thatsache deutlich hervor, daß die Muttermilch-Nahrung um so weniger Platz greift, je wohlhabender die Verhältnisse sind; und dies gilt nicht nur für die späteren Lebensmonate, sondern schon der erste Lebensmonat zeigt eine ähnliche Skala. Die Muttermilch-Nahrung wird dagegen in den wohlhabenderen Familien theilweise durch Ammenmilch ersetzt, welche in den Wohnungen von 6 und mehr Zimmern höhere Antheile als die Muttermilch aufweist.“

In Britz hatte die Gemeinde bei der Großen Berliner Pferde-Eisenbahngesellschaft angefragt, ob diese nicht die von der Gemeinde erbaute Pferdebahnlinie Britz-Rixdorf käuflich übernehmen wolle. In anbetracht des Umstandes, daß diese Linie jetzt noch mit Defizit arbeitet, die Herren Aktionäre ihre Taschen also nicht füllen könnten, hat die Gesellschaft den Ankauf abgelehnt, sich jedoch bereit erklärt, den Betrieb auf dieser Strecke auf Kosten der Gemeinde weiter zu führen. In ihrer Sitzung am 23. Juni beschloß die Gemeindevertretung, den Vertrag mit der Pferdebahngesellschaft auf ein Jahr zu verlängern, jedoch während der Vormittagsstunden 8—11 Uhr an Stelle des 24-Minutenverkehrs die Wagen nur alle 36 Minuten verkehren zu lassen. Gleichzeitig soll die Gesellschaft ersucht werden, noch einen Frühwagen für die Arbeiter, der um 5½ Uhr von Britz abgeht, einzustellen. — In derselben Sitzung wurde zur Sprache gebracht, daß verschiedene Gemeindeverordnete so häufig ohne Entschuldigung in den Sitzungen fehlen, was mit den übernommenen Pflichten nicht vereinbar sei; es empfehle sich, dem Beispiel des benachbarten Rixdorf zu folgen und alljährlich einen Thätigkeitsbericht zu veröffentlichen, aus welchem die Betheiligung der Gemeindevertreter zu ersehen ist. Den Wählern würden dann die Augen aufgehen. (Die Herren „Räthe“, Gutsbesitzer 2c. fehlen fast regelmäßig.) Die Angelegenheit wurde an eine Kommission verwiesen.

Rixdorf. Aus der letzten Sitzung der Gemeindevertretung heben wir den Antrag des Genossen Schröder hervor, die Planirungsarbeiten behufs Erweiterung des Gemeinde-Begräbnißplatzes direkt an Arbeiter unter Leitung eines Vorarbeiters zu vergeben und lieber den Arbeitern etwas höhere Löhne zu zahlen, als einem Schachtmeister die Ausführung zu übertragen. Die bürgerliche Majorität war jedoch für diesen Antrag nicht zu gewinnen, sondern beschloß, die bestehende Kommission zu bevollmächtigen, die Arbeiten nach ihrem Ermessen ausführen zu lassen. — Mit Rücksicht auf die zahlreichen Vertragsverletzungen, die sich die Charlottenburger Wasserwerke bisher haben zu Schulden kommen lassen, beschloß die Vertretung, die genannte Gesellschaft aufzufordern, innerhalb der vertragsmäßigen Frist — sechs Monate!! — Vorkehrungen zu treffen, welche in Zukunft sowohl den Wassermangel wie die Ungenießbarkeit des Wassers aufheben. Andernfalls sähe die Gemeinde auf grund der Vertrags-Bestimmungen denselben für gelöst an.

Die Heiligkeit des Eigenthums. Der Bericht über die Pfändung des Sarges für die Frau des Lokomotivführers Spangenberg könnte vielleicht den Irrthum zulassen, als handle es sich um eine Schuld des Herrn Spangenberg, wegen deren die Pfändung stattfand. Herr Sp. hatte den Sarg bestellt und bezahlt, und auf dem Transport nach seiner Wohnung pfändete ihn der Gerichtsvollzieher Malinowski wegen einer Schuld des betreffenden Tischlermeisters. — Herr Spangenberg sah sich genöthigt, sofort einen anderen Sarg zu beschaffen, den er infolge der Verlegenheit, in die er gebracht war, noch theurer bezahlen mußte. Schon Tages vorher hatte die Leiche auf Geheiß des Arztes fortgeschafft werden sollen und nur mit Mühe erlangte der Gatte einen Aufschub von 24 Stunden. Herr Sp. wird die Sache weiter verfolgen und seine Schadensersatz-Ansprüche geltend machen. Es dürfte bisher unerhört sein, daß den Leidtragenden der bezahlte Sarg wegen der Schuld des Lieferanten weggenommen wird. —

Abgestürzt von einem Gerüst ist gestern Morgen der 24 Jahre alte Arbeiter Georg Reimann aus der Rüdersdorferstraße. Um neun Uhr war er damit beschäftigt, an dem Hause Jahnstr. 8 in Höhe des vierten Stockes eine Stangenrüstung abzubrechen. Hierbei verlor er das Gleichgewicht und stürzte auf die Straße. Der Tod trat sofort ein; die Leiche wurde dem Schauhause zugeführt.

Vom Trapez abgestürzt ist am Sonntag Abend gegen 1/2 10 Uhr in dem Vergnügungslokal „Feldschlößchen" Müllerstraße 142 der Luft- und Trapezkünstler Fredetti. Als der Artist auf dem etwa 10 Meter hohen Trapez stehend das Seil in schaukelnde Bewegung setzte, verlor er das Gleichgewicht und stürzte, da ein Sicherheitsnetz nicht angebracht war, auf den mit Kies bedeckten Erdboden. F. erlitt dabei erhebliche Verletzungen im Gesicht, sowie auch anscheinend innere Schäden; er wurde mittels Droschke nach seiner in der Nähe des obengenannten Restaurants belegenen Wohnung geschafft.

Im Polizeibericht vom 22. d. M. befindet sich eine Notiz, nach welcher ein Maurerlehrling aus dem Lokal Gräfestr. 4a gewaltsam entfernt wurde, bei welcher Gelegenheit er sich so schwere innere Verletzungen zuzog, daß er nach dem Krankenhause am Urban überführt werden mußte. Dieser Vorfall trug sich nicht im Hause Gräfestr. 4a, sondern Gräfestr. 40 zu. Dem Wirth aus dem Hause Gräfestr. 5 sind durch die falsche Veröffentlichung allerlei Unzuträglichkeiten erwachsen, weil die Nummern 1—4 in der Gräfestraße noch garnicht bebaut sind. Es nahm daher bis jetzt jeder an, daß sich das Vorkommniß im Hause Nr. 5 zugetragen haben müsse.

Ein eigenartiger Leichenfund ist gestern Morgen um 6 1/2 Uhr durch den Kielerstr. 18 wohnenden Schiffer Schreiber im Humboldthafen gemacht worden. Er landete einen etwa 55 Jahre alten Mann, der erst ganz kurze Zeit im Wasser gelegen haben kann und nur mit einem das Zeichen R. W. 4 tragenden Oberhemd, einem blauen Beinkleid und Stiefeln angethan war. Der Todte hat einen graugemischten Vollbart. Merkwürdig ist, daß um den Hals des Leichnams eine Zuckerschnur saß, sodaß die Möglichkeit eines Verbrechens nicht ausgeschlossen erscheint. Andererseits ist die Annahme zulässig, daß der Verstorbene Gründe hatte, einen Selbstmord als unwahrscheinlich hinzustellen, dagegen den Verdacht zu erregen, es könne eine fremde Hand im Spiele sein. Die Möglichkeit, daß er zuerst einen Selbstmord durch Erhängen versucht habe, ist gänzlich von der Hand zu weisen, da sonst die Schnur eine zerrissene Stelle zeigen müßte. Der bisher noch dunkle Vorfall wird vielleicht nach Feststellung der bisher unbekannt gebliebenen Persönlichkeit nähere Aufklärung finden.

Selbstmordversuch in einem Hotel. Am Sonnabend Abend betrat ein Mann den Gasthof zum grünen Baum in der Krausenstraße, um daselbst Unterkommen zu finden. Am nächsten Morgen wurde er vermißt und in seinem Zimmer in einer großen Blutlache aufgefunden. Er hatte sich mit einem Rasirmesser in selbstmörderischer Absicht den Hals durchschnitten, war aber noch am Leben und wurde mittels Kopp'schen Krankenwagens der Charitee eingeliefert. Nach dem Ergebniß der dort vorgenommenen ärztlichen Untersuchung ist der Schnitt mit solcher Kraft geführt worden, daß auch der Kehlkopf mit durchschnitten wurde, und dem Schwerverletzten eine silberne Kanüle eingesetzt werden mußte, um zunächst den sofortigen Eintritt des Todes zu verhindern. Trotzdem ist sehr zweifelhaft, ob eine Wiederherstellung erzielt werden kann. Aus vorgefundenen Papieren ist ersichtlich, daß es sich um den Hilfsarbeiter beim Magistrat Wilhelm Jesse handelt, der im Jahre 1861 in Berlin geboren wurde. Näheres über die Verhältnisse hat sich bei der völligen Vernehmungsunfähigkeit des Kranken bisher nicht feststellen lassen.

Von einem Hunde arg zerfleischt wurde dieser Tage der 12jährige Sohn des Gastwirths Reikowski in Britz. Auf dem Grundstück Dorfstraße 2 spielten mehrere Kinder, darunter auch der genannte Knabe. Ein anderer Junge machte sich nun daraus ein Vergnügen, den an der Kette liegenden bissigen Hofhund des Eigenthümers Fittig fortgesetzt zu necken. Unter den Sprüngen des wüthenden Thieres riß die Kette und der Hund stürzte sich sofort auf den in der Nähe stehenden Knaben Reikowski, dem er die Beine derart zerfleischte, daß der bedauernswerthe Knabe jetzt schwerkrank darniederliegt.

Verschwundenes Kind. Im benachbarten Britz ist seit Freitag Nachmittag der vierjährige Knabe Karl Braun spurlos verschwunden. Derselbe hatte kurz zuvor noch auf dem Grundstücke Rudowerstraße 29 gespielt. Alle Nachforschungen nach dem Verbleib des Kindes waren bisher fruchtlos.

Polizeibericht. Am 24. d. M. Vormittags stürzte ein im Hause Alte Jakobstr. 123 beschäftigter Arbeiter aus dem ersten Stock auf den Bürgersteig hinab und erlitt einen Schädelbruch. Er wurde nach der Charitee gebracht. — Vor dem Hause Wiesenstr. 33 wurde ein zwei Jahre alter Knabe von einem Bierwagen überfahren und verstarb auf der Stelle. — Nachmittags wurde die Feuerwehr nach der Lessingbrücke gerufen, wo ein Pfahl, anscheinend durch Funken aus den dort verkehrenden Dampfern, in Brand gerathen war. — Am 25. d. M. Mittags brachte sich ein Mann in einem Gasthofe mehrere Verletzungen am Halse und am Handgelenk bei, so daß er nach der Charitee gebracht werden mußte. — Im Hause Linienstr. 199b stürzte Nachmittags ein neunjähriges Mädchen beim Spielen über das Treppengeländer aus dem dritten Stock auf den Flur hinab und erlitt außer mehreren Quetschungen anscheinend so schwere innere Verletzungen, daß seine Ueberführung nach dem St. Hedwigs-Krankenhause erforderlich wurde. — Ein Drehorgelspieler sprang in der Trunkenheit von der Moabiter Brücke in die Spree, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenhause Moabit gebracht. — Am 26. d. M. Morgens wurde im Humboldthafen die Leiche eines etwa 50 Jahre alten Mannes angeschwemmt. — Im Laufe des Tages fanden vier Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Der Majestätsbeleidigungs-Prozeß gegen den Zivilingenieur v. Gerlach und dessen Ehefrau Therese, geb. Koch, fand gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I statt. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Schmidt, die Anklagebehörde vertrat Staatsanwalt Oppermann, die Vertheidigung führten die Rechtsanwälte Dr. Haase und Unger. Die Verhandlung fand bei verschlossenen Thüren, die Urtheilsverkündigung dagegen in öffentlicher Sitzung statt. Der Vorsitzende führte im Wesentlichen folgendes aus: Die Anklage beruhe im Wesentlichen auf der Aussage der Zeugin Braun. Es sei nun durchaus kein Beweggrund zu finden, weshalb diese völlig intakte Zeugin, eine gebildete Dame, einen Meineid leisten solle, um die Angeklagten zu verderben. Die Zeugin habe die Anzeige auch nicht erstattet, sondern stehe der Einleitung des Verfahrens völlig fern. Das Gericht habe der Zeugin völligen Glauben schenken und damit die Schuld der Ehefrau v. Gerlach für erwiesen achten müssen. Was nun die in Frage kommende Aeußerung der Angeklagten v. Gerlach betreffe, so enthalte dieselbe eine so schamlose und ungeheuerliche Ehrenkränkung des Königlichen Hauses, wie sie dem Gerichtshofe in seiner bisherigen Praxis noch nicht vorgekommen sei. Erschwerend falle ins Gewicht, daß die Angeklagte als Tochter eines Professors eine gute Erziehung genossen, daß sie durch ihre Verheirathung dem Adelsstande angehöre und sich rühme, in Beziehungen zum Hofe zu stehen. Die Angeklagte sei zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt worden; die Strafe würde noch weit höher ausgefallen sein, wenn nicht zu gunsten der Angeklagten angenommen worden wäre, daß sie sich vielleicht nicht der vollen Tragweite ihrer abscheulichen Verleumdungen klar gewesen. In Betreff des Ehemannes von Gerlach habe der Gerichtshof beschlossen, die Verhandlung gegen ihn auszusetzen, da Zweifel darüber angeregt worden seien, ob er völlig geistesgesund sei. Er solle nach dieser Richtung hin durch den Medizinalrath Dr. Long einer Untersuchung unterworfen werden.

Die Angeklagte Ehefrau von Gerlach ist bei der Höhe der gegen sie erkannten Strafe sofort in Haft genommen worden.

Ein Anarchistenprozeß beschäftigte gestern wiederum die siebente Strafkammer des Landgerichts I. Auf der Anklagebank befanden sich fünf Personen, die sich offen zum Anarchismus bekannten, der Zigarrenmacher Paul Hermann, der Stuckateur Wilhelm Grünberg, der Schankwirth Oskar Witzke, der Schlosser Wilhelm Wiese und der Maurer August Witte. Sie waren der Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten beschuldigt. Am 11. November v. J. fand im Lokale „Königsbank" in der Großen Frankfurterstraße eine von Anarchisten und Sozialdemokraten besuchte Versammlung statt, die von einem Anarchisten einberufen worden war. Auf der Tagesordnung stand die Diskussion über die Frage: „Warum sind am 11. November 1891 die fünf Anarchisten in Chikago erhängt worden?" Sämmtliche Angeklagte traten in dieser Versammlung als Redner auf. Zunächst führte der Angeklagte Hermann aus, daß es keineswegs erwiesen sei, daß es Anarchisten waren, die gelegentlich eines Tumultes in Chikago eine Bombe unter die Polizisten warfen, wodurch sieben derselben getödtet und eine große Menge anderer Personen verletzt wurden. Die fünf Anarchisten seien Opfer der Verhältnisse geworden, sie seien für ihre Ueberzeugung in den Tod gegangen und deshalb ehrenwerthe Männer. Der Angeklagte soll dann für die Propaganda der That eingetreten sein. Der Angeklagte Grünberg soll ebenfalls Ausführungen aufreizenden Inhalts gemacht haben, „jeder einzelne müsse so belehrt werden, daß er wisse, wohin er gehöre, wenn es heiße, die heutige Gesellschaft aufzuheben". In ähnlichen Ausführungen sollen sich die übrigen drei Angeklagten ergangen sein und besonders der Angeklagte Witzke soll den Opfermuth der fünf hingerichteten Anarchisten im Gegensatze zu der Feigheit der Sozialdemokraten gepriesen haben. — Die Angeschuldigten machten den Einwand, daß ihre Reden eine viel gemäßigtere Färbung hatten als in der bruchweise herausgezogenen Wiedergabe in der Anklageschrift. Staatsanwalt v. Jaroczewski hielt es für zweifellos, daß die Reden sämmtlicher Angeklagten eine aufreizende Tendenz hatten. Bei der Gemeingefährlichkeit dieser Handlungsweise sei eine empfindliche Strafe geboten, er beantrage gegen den Angeklagten Hermann sechs Monate, gegen die übrigen Angeklagten je vier Monate Gefängniß. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Mühsam l wies auf mehrere Widersprüche hin, welche sich zwischen den Notizen, die der überwachende Polizeilieutenant verlesen und dem von demselben zwei Tage später verfaßten Bericht befanden, er hielt eine Verurtheilung der Angeklagten auf grund dieses Belastungsmaterials nicht für angängig und beantragte Freisprechung. Der Gerichtshof verurtheilte nur die Angeklagten Hermann, Grünberg und Wiese und zwar die beiden ersteren zu je vier, den Letzteren zu drei Monaten Gefängniß. Witzke und Witte wurden freigesprochen.

Wegen Straßenraubes ist gestern der 34 Jahre alte „Arbeiter" Paul Gustav Krause von dem Schwurgericht des Landgerichts II zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurtheilt worden. Am 23. März d. J. wurde die 63 Jahre alte Frau Marie Rohrleder auf dem Wege zwischen Sadowa und Ostend von Krause überfallen, der ihr das Taschenmesser mit den Worten „Geld oder —" an den Hals setzte. Als Frau R. Miene machte, um Hilfe zu rufen, wurde sie durch die Drohung: „Ruhig oder durch", die Krause auf das angesetzte Messer bezog, zum Schweigen gezwungen. Sie gab ihre 72 M. enthaltende Börse. Der Thäter, der von dem Fischereibesitzer Pietsch aus Köpenick vergeblich verfolgt wurde, entkam nach Berlin, wo er sich von dem Raube zunächst einen neuen Anzug beschaffte, dann aber in Gastwirthschaften durch Geldausgaben verdächtig machte, so daß seine Festnahme erfolgte. Die vor Schrecken krank gewordene Ueberfallene ist noch nicht wiederhergestellt und mußte in den Gerichtssaal geführt werden. Krause hat außer vielen anderen Strafen schon vier Jahre Zuchthaus wegen Diebstahls erlitten, ist überhaupt seit dem Jahre 1880 nur wenig auf freiem Fuße gewesen. Seine letzte Zuchthausstrafe hatte er im Mai v. J. verbüßt. Er hatte sich seitdem dem Vogelfang zugewandt und will zu diesem Zwecke auf einer Brücke gestanden haben, als ihm die alte Frau in die Hände lief und die Raubgier in ihm wachrief.

Als „Räuberhauptmann Cassini" stand heute der 19jährige Lederarbeiter Karl Rudolf Hennig vor dem Schwurgericht hiesigen Landgerichts I unter der Anklage der Erpressung, der Bedrohung und des wiederholten Diebstahls. Die Thaten dieses jungen Burschen sind so ungeheuerlich, daß, wenn er in den freundlichen Gefilden der Rauberromantik lebte, er alle Aussicht hätte, den Ruhm des ehrenwerthen Athanas und anderer Helden seines gleichen zu verdunkeln. Am 13. Januar dieses Jahres erhielt der Schneidermeister Wölfel einen freundlichen Schreibebrief, dessen Inhalt etwa wie folgt lautete: „Bringen Sie am Montag, 16. d. M., Abends 9 Uhr, zur zweiten Brücke vor dem Schlesischen Thore die Summe von 300 M., sonst sind Sie acht Tage später eine Leiche! Unterstehen Sie sich nicht, der Polizei Mittheilung von diesem Briefe zu machen, sonst geht es Ihnen schlecht! Als Erkennungszeichen haben Sie, wenn Sie das Geld bringen, ein weißes Tuch in der Hand zu tragen." Herr Wölfel ließ sich jedoch nicht einschüchtern, sondern machte der Polizei Mittheilung von dem Vorgefallenen und am 16. Januar, Abends gegen 9 Uhr, machte sich ein Mann nach der zweiten Brücke vor dem Schlesischen Thore auf den Weg und dieser Mann hielt als Erkennungszeichen ein weißes Taschentuch in der Hand. Er trug aber nicht die gewünschten 300 M. bei sich, denn es war ein Kriminalbeamter, der sich in die Kleider des Herrn Wölfel gesteckt hatte, um den frechen Erpresser abzufassen. Dieser aber kam nicht; er hatte jedenfalls in der Nähe jener ominösen zweiten Brücke gemerkt, daß die Luft nicht rein sei und so mußte denn der Kriminalbeamte unverrichteter Sache wieder abziehen. Am nächsten Tage erhielt Herr Wölfel abermals einen freundlichen Brief, in welchem die Worte standen: „Warte, Du Schuft, das soll Dir vergolten werden: Deine Stunden sind gezählt! Cassini, Räuberhauptmann." Durch spätere Ereignisse, bei denen der Angeklagte eine hervorragende verbrecherische Thätigkeit entwickelt hat, ist es gelungen, den Angeklagten als den Schreiber dieser Briefe festzustellen. Im Monat Januar kamen hier in Berlin viele höchst gemeingefährliche Ladendiebstähle vor, die sämmtlich nach derselben Methode ausgeführt wurden. Zwei, auch drei zusammen „arbeitende" jugendliche Verbrecher warteten vor dem betreffenden Laden, bis die Verkäufer oder Verkäuferinnen einen Augenblick in das an den Laden gewöhnlich angrenzende Zimmer getreten waren. Merkwürdiger Weise sind häufig die dieses Zimmer abgrenzenden Thüren von der Ladenseite aus zu verriegeln und mit dieser Thatsache rechneten die Verbrecher. Einer von ihnen stürmte in den Laden, verriegelte schleunigst die Thür und der auf diese Weise im Nebenzimmer gefangene Ladeninhaber mußte durch die Glasscheibe mit zusehen, wie ihm die Ladenkasse gestohlen wurde. Der Bestohlene stürmte dann gewöhnlich hinten heraus zur Hausthür, er wurde jedoch an der Verfolgung der Eindringlinge gehindert, da in allen diesen Fällen die Hausthür in gleicher Weise gesperrt war. In die eine Hälfte der Thür war ein kräftiger Bohrer hineingetrieben und um die Klinke und diesen Bohrer ein so kräftiger Bindfaden geschlungen, daß sich die Thür nicht öffnen ließ. Ehe das Hinderniß beseitigt werden konnte, waren die Spitzbuben längst über alle Berge. Speziell interessiren hier drei Fälle dieser Art. Eines Abends hatte sich die junge Schwester des Seifenhändlers Grothe in der Gräfestraße einen Augenblick in das an dem Laden grenzende Zimmer begeben. Die dorthin führende Thür war nicht vom Laden aus verschließbar. Plötzlich drang vom Laden her ein junger Mensch in das Zimmer, hielt dem jungen Mädchen einen Revolver vor und herrschte sie an, keinen Laut von sich zu geben. Als das Mädchen doch um Hilfe schrie, würgte es der Fremde am Halse, schlug es mit Faustschlägen zu Boden, raubte die Ladenkasse und entfloh. Aehnliche Streiche waren in dem Ruthenberg'schen Geschäfte, Naunynstr. 88, und in dem Elsner'schen Milchgeschäft, Stralsunderstraße 58, ausgeführt worden. In diesen beiden Fällen war, wie in den noch zur Kenntniß der Polizei gelangten 10 bis 12 Fällen, die zum Laden führende Thür und die Hausthür in der oben beschriebenen Weise versperrt worden. Als man die Thäter verfolgen konnte, hatten dieselben schon zu großen Vorsprung und entkamen, nachdem sie die betr. Ladenkassetten von sich geworfen hatten. Die Recherchen des mit den Ermittelungen betrauten Kriminalschutzmanns Guban waren längere Zeit vergeblich. Da kam die Mordthat in der Gerichtsstraße, bei welcher die Frau Leschonski in so grausamer Weise durch einen Menschen, der sich in den Keller geschlichen, ermordet worden war. Nachdem die Personalbeschreibung des muthmaßlichen Mörders in den Zeitungen erschienen war, kam dem Schuhmacher Graubaum der Gedanke, daß der Angeklagte vielleicht der Mörder sein könnte und theilte seinen Verdacht der Polizei mit, indem er gleichzeitig erwähnte, daß Hennig ja auch das Attentat auf die Grothe verübt habe. Graubaum hatte den Angeklagten in dem Verein „Einigkeit" kennen gelernt und war von diesem angegangen worden, mit ihm gemeinschaftlich Verbrechen zu verüben. Er hatte den Graubaum den ganzen Plan zu jenen Ladendiebstählen entwickelt, Graubaum hatte dem Angeklagten auch an jenem Abende, als der Streich gegen den Schneider Wölfel ausgeführt werden sollte, ein Stück Weges begleitet. Bei seiner Rückkehr von der „zweiten Brücke" vor dem Schlesischen Thore hatte ihm Hennig mitgetheilt, daß die Sache nicht geglückt sei, da Polizei zur Stelle gewesen sei. Graubaum ist ein völlig unbescholtener Mann, der sich scheinbar auf die Pläne des Angeklagten einließ, thatsächlich dieselben aber später allesammt der Polizei mittheilte. Die Ermittelungen des Kriminalbeamten Guban bestärkten zwar gegen den Angeklagten den Verdacht der Thäterschaft an der Ermordung der Frau Leschonski nicht, ergaben jedoch nach der anderen Richtung hin schwerwiegende Verdachtsmomente. Der Beamte stellte fest, daß der Angeklagte ein sehr gewaltthätiger Mensch ist. Sein Lehrherr stellte ihm das denkbar ungünstigste Zeugniß aus, nach welchem der Angeklagte nicht nur gegen seine Mitlehrlinge, sondern auch gegen seinen Meister gewaltsam vorzugehen versucht hatte. Der Angeklagte hatte grundsätzlich jede Arbeit gemieden, trotzdem aber doch stets reichliche Geldmittel besessen. Er hat sich seine „Braut" gehalten, Gelage aller Art gegeben und einmal auch den Graubaum zu überreden gesucht, ihn auf einer Diebesfahrt nach Friedrichsfelde zu begleiten. Seinem eigenen Vater hatte er mittels Einbruchs ein Sparkassenbuch gestohlen und darauf mehrere hundert Mark abgehoben. Der Beamte sah sich veranlaßt, bei dem Angeklagten Haussuchung abzuhalten. Er fand dabei einen Revolver mit Patronen vor und als er eine kleine Kassette öffnete, suchte der Angeklagte durch einen kühnen Griff etwas aus derselben zu entfernen. Der Versuch mißlang. Der Beamte fand in dieser Kassette u. a. zwei Drohbriefe vor, welche mit „Cassini, Räuberhauptmann" unterzeichnet waren. Dieselben sollten offenbar bei einer nächsten Gelegenheit verwendet werden. Das Gutachten des Schreibsachverständigen, Redakteurs Langenbruch, ließ keinen Zweifel darüber, daß der Angeklagte auch den Drohbrief an Wölfel geschrieben. Hennig gab dies auch zu, behauptete aber, daß er durch Graubaum dadurch verleitet worden sei. Was die Ladenkassen-Diebstähle anbetrifft, so legte sich der verbrecherische Bursche aufs Leugnen, er wurde aber in den drei zur Anklage stehenden Fällen überführt. Die Zeugin Fräulein Grothe erkannte den Angeklagten mit aller Bestimmtheit als den Menschen wieder, welcher am Abende von Kaisers Geburtstag in ihren Laden gedrungen war, ihr den Revolver entgegen gehalten und sie zu Boden geschlagen hatte. In den beiden anderen Fällen waren Knaben vorhanden, welche unmittelbar vor der That den Angeklagten mit zwei anderen Männern vor den betr. Läden bemerkt haben wollten. Auch diese Wiedererkennungen waren ganz bestimmte. Der von dem Angeklagten angetretene Alibibeweis versagte vollständig. Nach dem Ergebniß der Beweisaufnahme beantragte Staatsanwalt Fiedler die Bejahung sämmtlicher Schuldfragen und erklärte sich mit aller Entschiedenheit gegen die Bewilligung mildernder Umstände. Man müsse doch bedenken, daß in letzter Zeit gerade die schwersten Verbrechen in Berlin von jugendlichen Leuten, die oft noch nicht einmal den Kinderschuhen entwachsen waren, verübt worden sind. Wenn hier in der Residenz die Leute, die hinter dem Ladentische ihren Geschäften obliegen, nicht mehr ihres Lebens sicher sein sollen, wenn es solche Burschen, wie der Angeklagte, unternehmen können, in die Läden zu dringen und die Verkäufer unter Umständen niederzuschießen, dann würde die Zubilligung mildernder Umstände sehr schlecht am Platze sein. — Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Tichaue, plädirte für Freisprechung, da die Rekognitionen doch nicht sicher genug seien und der Drohbrief an Herrn Wölfel kaum ernst genommen werden könne. — Die Geschworenen hielten in den beiden letztgedachten Fällen des Ladenkassen-Diebstahls die Beschuldigung des Angeklagten durch die beiden Knaben nicht für ausreichend, sie sprachen denselben aber der qualifizirten räuberischen Erpressung und des qualifizirten Raubes im Falle Grothe schuldig. Der Staatsanwalt beantragte zehn

Jahre Zuchthaus, der Gerichtshof erkannte auf sechs Jahre Zuchthaus, sechs Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizei-Aufsicht.

Romen-Beleidigung. Wegen angeblich Beleidigung des Staatsanwalts Dr. Romen aus Anlaß der Aeußerungen desselben über den Eid hatten sich vor der Strafkammer I des Landgerichts zu Hamburg die Genossen Redakteur des Echo Fischer und Stadthagen am 19. d. M. zu vertheidigen. Fischer soll durch 6 Artikel des Echo, Stadthagen durch eine in Hamburg gehaltene Rede und die auf die Anklage hin von ihm eingereichte Vertheidigungsschrift einiger Beleidigungen sich schuldig gemacht haben. Als Zeugen wurden u. a. Romen, Landrichter Kratzmann, Rechtsanwalt Dr. Berthold, Rechtsanwalt Türckheim, Molkenbuhr, Frohme und Metzger vernommen. Molkenbuhr nahm seinen Protest gegen Beeidigung erst zurück, nachdem der Vorsitzende ihm dargelegt, daß die Richter, vor denen Herr Romen seine bekannten Aeußerungen gethan, andere als die jetzt Richtenden gewesen. Die Vernehmung ergiebt, daß ein Artikel längst vor dem Auftreten des Herrn Romen ohne Beziehung auf diesen geschrieben war. Die Artikel wenden sich gegen studentische Nichtsthuer, Säufer und Streber. Auf Befragen des Vertheidigers des Genossen Fischer, Rechtsanwalt Türckheim, — Stadthagen vertheidigte sich selbst — bekunden sämmtliche Zeugen, daß in der Redaktion die Studententhätigkeit des Herrn Romen weder besprochen noch bekannt war. Staatsanwalt Dr. Romen's Zeugenaussage stehen in einer Reihe von Punkten in Widerspruch mit den Bekundungen anderer Zeugen. Einen Theil der Widersprüche führt er selbst auf einen Irrthum seinerseits zurück. Romen bekundet, am 12. Juli nicht vom Programm der Sozialdemokraten gesprochen zu haben, sondern nur vom „Glaubensbekenntniß". Er habe gesagt: im Glaubensbekenntniß der Sozialdemokratie sei die Heiligkeit des Eides längst gestrichen oder komme dort nicht mehr vor u. s. w. Auf Befragen Stadthagens erklärt er, unter „Glaubensbekenntniß" verstehe er das, woran jemand wirklich glaubt; die Führer seien zu „schlau" ihre wirkliche Ansicht ins Programm zu setzen und dergleichen. Er giebt zu, sowohl den Ausspruch des Genfer internationalen Kongresses wie des Erfurter Kongresses gekannt zu haben, inhaltlich dessen Wahrheit die Richtschnur für das Verhalten eines jeden Sozialdemokraten sein soll. Am 28. Juli will Herr Romen davon gesprochen haben, daß in der Parteipresse von der ersten Nummer des „Sozialdemokrat" bis zur letzten des „Vorwärts" der Meineid gebilligt, ja verherrlicht werde; dieser Ausspruch sei allerdings nicht „wörtlich zu nehmen", sonst müsse er sich für geschlagen erklären. Landrichter Dr. Kratzmann beeidet, seiner Erinnerung nach habe Herr Romen davon gesprochen, er sei in der Lage, aus der sozialdemokratischen Parteipresse und aus sonstigen Schriften der Sozialdemokraten den Beweis zu führen, daß die Führer der Sozialdemokratie den Meineid nicht nur billigen, sondern ihn sogar verherrlichen u. s. w. Auf Befragen erklärt Romen, seine Behauptungen gründeten sich auf seine „wissenschaftliche" Ueberzeugung, und beruft sich zum Beweis seines guten Glaubens auf die vom Oberstaatsanwalt eingereichten Zeitungsnummern. Hierauf gelangen die bekannten Ibsen-Artikel aus dem „Sozialdemokrat" von 1880 und 1882 zur Verlesung, in denen der Meineid wie jede andere Unwahrheit getadelt, als mildernder Umstand aber, konform der ständigen sonstigen Gerichtspraxis, hervorgehoben wird, daß Ibsen nicht aus Gewinnsucht, sondern aus Freundschaft einen Meineid geleistet habe, wenn, was Ibsen und mit ihm viele andere bestreiten, er in der That einen Meineid geleistet haben sollte. Der Gerichtshof lehnte die Verlesung anderer von der Staatsanwaltschaft und von Stadthagen beigebrachter Artikel ab, weil einerseits erwiesen sei, daß Herr Romen in gutem Glauben gehandelt habe, andererseits nicht die Behauptung Stadthagen's widerlegt sei, daß Romen seiner Ueberzeugung nach die Unwahrheit seiner Behauptungen gekannt haben müsse. Stadthagen besteht darauf, ihn, falls er verurtheilt werden sollte, aus § 186, nicht aus § 185 Str.-G.-B. zu verurtheilen. Wenn er — in vielleicht beleidigender Form — dem Staatsanwalt Romen bewußte Unwahrheit vorgeworfen habe, so liege der Vorwurf weniger in der Form als in dem Inhalt seiner Behauptung. Für die Wahrheit seiner Behauptung tritt er Beweis an, hält übrigens denselben durch die heutige Verhandlung bereits für voll erbracht. Der Gerichtshof lehnt den Beweisantrag ab, da lediglich der Form wegen, nicht wegen des Aufstellens einer etwa unwahren Thatsache die Anklage erhoben und aufrecht zu erhalten sei. Der Ober-Staatsanwalt beantragt gegen Fischer eine Gefängnißstrafe von acht, gegen Stadthagen eine solche von 4 Monaten Gefängniß. Nach dem Plaidoyer des Rechtsanwalts Türckheim und den Vertheidigungsreden der beiden Angeklagten wird um ½7 Uhr Abends die Verhandlung, welche um 9½ Uhr begonnen hatte, geschlossen und Termin zur Urtheilsverkündung auf den 24. Juni 1½ Uhr anberaumt. Zu erwähnen wäre noch, daß dem Antrage des Staatsanwalts, Fischer, der (wie er ohne jeglichen Beweis behauptete) nur „Sitzredakteur" sei, zu verhaften, nicht entsprochen wurde.

Gegen Romen hat Stadthagen Strafantrag eingereicht.

Das am Sonnabend verkündete Urtheil lautet gegen Stadthagen und Fischer auf je fünf Monat Gefängniß.

Nach 23jähriger Amtsthätigkeit stand gestern der 62jährige Eisenbahn-Stationsassistent Christoph Adolph Süß unter der Anklage des wiederholten Amtsverbrechens vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Er war beschuldigt, in 18 Fällen amtliche Gelder unterschlagen und zur Verdeckung der Veruntreuungen seit 1½ Jahren das sogenannte Nebengebühren-Buch falsch geführt zu haben. Als ein Kontrollbeamter dieses Buch einmal revidirte, fand er einige unordentliche Eintragungen in demselben vor und schöpfte daraus einen zunächst ganz unbestimmten Verdacht. Es schien ihm ganz ungehemerlich, daß dieser alte Beamte, welchem das allergrößte Vertrauen entgegengebracht wurde unehrlich gewesen sein sollte. Und doch: so sehr er sich auch gegen diesen Gedanken sträubte, es ließ sich nicht aus der Welt schaffen, daß der Angeklagte Monat für Monat ganz erhebliche Unterschlagungen begangen und seine verbrecherische Thätigkeit über 18 Monate zu bemänteln verstanden hatte. Wie er in die Versuchung gekommen, das weiß sich der Angeklagte selbst nicht zu erklären. Er giebt selbst zu, Noth nicht gelitten zu haben, da er bei seinen Jahreseinnahmen von ca 2000 M. mit seiner absolut anspruchslosen Frau stets ausgekommen sei. Es sei aber plötzlich über ihn gekommen, das viele Geld, welches durch seine Hände ging, habe ihn in Versuchung gebracht und er sei nicht stark genug gewesen, ihr zu widerstehen. Der Angeklagte hat monatlich 300, 500, auch 700 M. bei Seite gebracht, keineswegs aber zu dem Zweck, um gut zu leben, sondern um „zu sparen". Er hat die veruntreuten Gelder aufgestapelt, und wenn er 300 M. beisammen hatte, stets ein gutes Papier gekauft, so daß schließlich bei der Haussuchung annähernd die ganze veruntreute Summe in preußischen, über Pari stehenden Staatspapieren vorgefunden worden ist. Die Ehefrau hatte von dem Treiben des Mannes bis zur Katastrophe auch nicht die geringste Ahnung. Der Angeklagte versicherte, daß er jedesmal, wenn er eine neue Veruntreuung beging, sich selbst die bittersten Vorwürfe gemacht habe, aber dann doch immer wieder der Versuchung unterlegen sei. Auf Grund mehrerer Krankheitsfälle in der Familie des Angeklagten hatte die Vertheidigung Zweifel an der geistigen Gesundheit desselben angeregt, die von den medizinischen Sachverständigen jedoch nicht bestätigt wurden. Nach dem Spruche der Geschworenen, welche dem Angeklagten mildernde Umstände bewilligten, beantragte der Staatsanwalt 2 Jahre Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte auf 1 Jahr Gefängniß unter Anrechnung von drei Monaten auf die Untersuchungshaft.

Gewerbegericht. Sitzung vom 23. Juni. Kammer VI. „Das war mein Bruder Karl, der nicht Geschäftsmitinhaber ist, sondern den ich nur als Verkäufer beschäftige, ich weiß von nichts." So suchte sich der Inhaber der Fleisch- und Butterhandlung, welche die Firma „Gebrüder Grunewaldt" trägt und Kaiser Wilhelm- und Pücklerstaße in je einem Zweiggeschäft besteht, der Verantwortung für das Engagement des Schlächters Löppke zu entheben, welcher als Kläger gegen die Firma auftrat. Löppke behauptete, als Wurstmacher engagirt worden zu sein, ohne daß er die Stellung, um deretwillen er eine andere aufgegeben, habe antreten dürfen. Der Bruder des vor dem Gericht erschienenen Herrn Grunewaldt hätte ihn angenommen, mit dem Bemerken, mit dem Bruder darüber gesprochen zu haben. Dieser habe ihn dann zwei Tage am Umzug helfen lassen, und, als die Wurstmacherei losgehen sollte, ihn zu beschäftigen sich geweigert. Da eine vierzehntägige Kündigung nicht ausgeschlossen worden sei, verlange er 40 M. Lohn für zwei Wochen und Kostentschädigung. Kläger ermäßigt seinen Anspruch auf 40 M. Als Zeuge wird ein Bierverleger aus der Pücklerstraße vernommen, welcher die Angaben des Klägers bestätigt. Herr Karl Grunewaldt, der „Verkäufer" der Firma Gebrüder Grunewaldt, sei, wie der Kläger, öfter in sein Geschäft gekommen und dortselbst wäre auch von beiden der mündliche Arbeitsvertrag geschlossen worden, wobei sich Gr. darauf berufen, das Einverständniß des Bruders erhalten zu haben. Man habe direkt den Tag des Arbeitsantritts, die Höhe des Lohnes u. s. w. vereinbart. Der „Inhaber" der Firma Gebrüder Grunewaldt sei nicht dabei gewesen und habe auch an den anderen Besprechungen im Bierverlag nicht theilgenommen. Als Zeuge mal mit Karl Grunewaldt allein gewesen, habe er diesen auf die Wichtigkeit eines Engagements wie das des Löppke aufmerksam gemacht, sowie ihn darauf hingewiesen, daß demselben das Recht einer vierzehntägigen Kündigung zustehe, wenn nichts anderes ausgemacht sei. Hierauf hätte der „Verkäufer" K. Grunewaldt erwidert, das sei nicht der Fall, sondern wenn nichts vereinbart sei, habe B. keine Kündigung. Die Beklagten wurden verurtheilt, dem Kläger 40 M. zu zahlen und die Kosten zu tragen. Das Gericht war der Meinung, daß es keinem Zweifel nach den glaubhaften Angaben des Zeugen unterliege, das Engagement sei rechtsgiltig seitens der Beklagten vor sich gegangen. Und daß über die Kündigung nichts abgemacht worden ist, sei ersichtlich aus dem letzten Theil der Zeugenaussage, wonach Karl Grunewaldt gesagt hat: „Wenn ich mit Löppke nichts vereinbare, hat er keine Kündigung." . . . Wie in diesem Prozeß soll, wie unserem Berichterstatter privatim mitgetheilt wurde, es schon öfter und in anderen Angelegenheiten vorgekommen sein, daß die Gebrüder Gr. gegenseitig von ihren geschäftlichen 2c. Abmachungen nichts wissen wollten.

Reichsgericht. Leipzig, 26. Juni. Im großen Schwurgerichtssaale des Landgerichts begann heute Vormittag 9 Uhr vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts ein neuer Hoch- und Landesverraths-Prozeß. Angeklagt des Landesverraths ist der Gastwirth Emil Fohrer aus Biesheim (Elsaß). Die Verhandlung leitet der Senatspräsident Dr. von Wolff, die Vertheidigung führt Justizrath Lewald-Leipzig. Die Anklage vertritt der Reichsanwalt Gault. Auf Antrag des Reichsanwalts wurde bereits vor dem Zeugenaufruf für die ganze Dauer des Prozesses die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, so daß man nicht einmal die Zahl der geladenen Zeugen erfahren konnte. Es sind drei militärische Sachverständige geladen. Die Verhandlung wird 2 Tage währen.

Versammlungen.

Die Speckgesellen. Am 20. Juni tagte eine öffentliche Maurerversammlung, in welcher über den Stand der Lohnbewegung Bericht erstattet wurde. An der Bewegung haben sich 687 Kollegen betheiligt; von diesen haben 198 die Forderung der Erhöhung des Stundenlohnes um 2½ bis 5 Pf. ohne Arbeitseinstellung bewilligt bekommen. Ferner haben 290 Kollegen eine bis drei Stunden die Arbeit niederlegen müssen, um ihre Forderung durchzusetzen; 199 dagegen sind gezwungen gewesen, überhaupt die Arbeit zu wechseln. Nachdem die Versammlung diesen Bericht entgegen genommen hatte, nahm Blaurock das Wort zu einem Vortrag über die Frage: Warum stehen die Landgesellen in Verbindung mit den Polieren der Lohnbewegung feindlich gegenüber? Der Vortrag führte Thatsachen zu Tage, die auf einen Theil der Arbeiterschaft ein so beschämendes Licht werfen, daß alles aufgeboten werden sollte, um in diesen Dingen Wandel zu schaffen. Die Landgesellen, d. h. die außerhalb Berlins wohnenden Arbeiter, die regelmäßig den Sommer über auf hiesigen Bauten beschäftigt sind, glauben nämlich vielfach, sich bei dem Polier, unter dessen Aufsicht sie arbeiten, noch auf besondere Weise einschmeicheln zu müssen. Dies geschieht dadurch, daß sie demselben allerhand von Muttern mitgebrachte Nahrungsmittel, als Würste, Speck u. s. w. zustecken. Statt auf ehrliche Weise durch die Organisation, wie es ein pflichtbewußter Arbeiter thut, sich die Achtung der Unternehmer und ihrer Handlanger zu ertrotzen, glauben die Landarbeiter das verachtungswürdige Mittel der Bestechung anwenden zu müssen, um sich die Gunst korrumpirter Poliere zu erobern. Braucht ein Polier einen Gesellen, so erinnert er sich irgend eines Mannes auf dem Lande, der ihn früher bereits bestochen hat und den nächsten Tag steht der „Speckgeselle", wie ihn die anständigen Arbeiter nennen, mit seiner Speckseite unterm Arm auch schon auf dem Bau parat. Der ehrliche Arbeiter, der in Berlin seine Steuern zu zahlen hat, hat unter solchen Umständen nicht allein im Winter, sondern auch während der Saison mit Arbeitslosigkeit und Elend zu kämpfen. Von einer Betheiligung an der Organisation und der Erfüllung ähnlicher Pflichten seinesgleichen gegenüber ist bei einem Speckgesellen natürlich keine Rede. Die ehrlichen Arbeiter haben unter solchen entwürdigenden Verhältnissen natürlich einen sehr schweren Stand und endlose Mühe wird es kosten, um die Landarbeiter auf die sittliche Höhe zu bringen, auf welcher der Arbeiter im Kampfe mit dem Kapitalisten zu stehen hat. Die erste Bedingung, um auf die Landarbeiter einwirken zu können, ist natürlich, daß der unselige Kampf um die Form der Organisation unter den organisirten Maurern selber ein Ende nimmt. In der Diskussion wurde mehrfach auf die Rohheit hingewiesen, mit der manche Poliere denjenigen Arbeitern gegenübertreten, die sich nicht an solchen Durchstechereien betheiligen. In einer entsprechenden Resolution sprach die Versammlung ihren Unwillen über die geschilderten Verhältnisse aus. Zum Schluß wurde mitgetheilt, daß der Maurer Straßer vom Bau Flensburgerstr. 4 zwanzig Arbeiter entlassen habe, weil sie am Wahltage einen halben Tag gefeiert hätten.

Die öffentliche Versammlung der Steinmetzen Berlins, welche am 25. dieses Monats unter sehr zahlreicher Betheiligung stattfand, nahm zunächst den Bericht vom 6. deutschen Steinmetzen-Kongreß in Frankfurt a. M. entgegen. Der Kongreß hat gezeigt, daß die wirthschaftliche Lage dieser Arbeiter im Lande ebenso schlecht ist, wie in Berlin. Sehr mißfällig wurde auf dem Kongreß bemerkt, daß Berlin die Pflege der Berufsstatistik so sehr vernachlässigt hat. Als fernere Organisationsform ist die lose Zentralorganisation mit Vertrauensmännersystem beschlossen worden. Die Frage des Fachorgans harrt noch der Entscheidung. Auch wird die neue Organisation eine Verschmelzung mit den verwandten Berufen darstellen. Die Förderung der neuen Organisation wurde jedem Kollegen ans Herz gelegt. Der bisherige Zentralverband wird sich am 1. Oktober dieses Jahres auflösen. Den Kongreßdelegirten wurden pro Tag 2 Mark Diäten nachbewilligt. Ein Streitfall wurde vor ein sofort von der Versammlung gewähltes Schiedsgericht verwiesen. Die noch bisher bestandenen Sperren über kleinere Firmen (Fink, Völker, Prieß 2c.) wurden für aufgehoben erklärt. Es folgten einige Mittheilungen über die Thätigkeit des Gewerbegerichts. Von acht Klagen wurden sieben zu gunsten der Arbeitnehmer entschieden unter Mitwirkung des Vertreters der Steinmetzen. Die ausstehenden Restanten vom Jahre 1890 und 1891 betreffs entnommener Marken zum Generalfonds wurden namhaft gemacht; es wurde beschlossen, gegen dieselben klagbar vorzugehen, sofern nicht umgehend eine Regelung der Verpflichtungen erfolgt. Zum Schluß fand eine Besprechung verschiedener Platzangelegenheiten statt, worauf die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen wurde.

In der gut besuchten Generalversammlung des Vereins der Bauanschläger Berlins vom 4. Juni erfolgte, nachdem die Wahl der Revisoren und die Aufnahme neuer Mitglieder vollzogen war, die Besprechung einer Baukontrolle und die Wahl einer Bau-Kontroll-Kommission. Da die Bauanschläger zum größten Theil der Organisation nicht angehören, mithin ein gedeihliches Zusammenwirken nicht stattfinden kann, und die materielle Lage der Anschläger immer schlechter wird, hat der Vorstand des Vereins sich veranlaßt gefühlt, dem Verein die Gründung einer Baukontrolle zu empfehlen. Es wurden 7 Mitglieder gewählt, welche eine diesbezügliche Vorlage auszuarbeiten hatten. Die aus sechs Paragraphen bestehende Vorlage wurde von der Versammlung nach sorgfältiger Besprechung jeder Bestimmung mit kleinen Aenderungen einstimmig angenommen. Desgleichen fand folgende Resolution Annahme: Die Versammlung erblickt in der Schaffung einer Baukontrolle eine Grundlage zur Hebung der materiellen Interessen der Anschläger, speziell aber des Vereins, und die Mitglieder verpflichten sich, alle ihnen bekannten Schädigungen durch Ausbeutung der Kollegen, unwürdige Konkurrenz oder Beschäftigung von Nichtmitgliedern, wenn arbeitslose Mitglieder vorhanden sind, der Kommission wahrheitsgemäß zu übermitteln. „In die Kommission wurden die Kollegen Jüling (Vors.), W. Krause (Stellv.), Brandt (Schriftf.), Marx, Marggraf, Lösch und Porsche gewählt. Die Landpartie des Vereins findet im Juli per Kremser nach Pichelswerder statt. Siehe Annonce im „Vorwärts" am Freitag, den 30. d. Mts.

Eine öffentliche Versammlung der in der Kürschnerei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen war zum Sonntag von der Lohnkommission derselben einberufen worden. Es erschienen etwa 500 Personen, darunter mehr als die Hälfte Arbeiterinnen. Die Tagesordnung lautete: Situationsbericht über die am Sonnabend erfolgte Arbeitsniederlegung. Aus den Ausführungen des Referenten Recker war zu entnehmen, daß das bisherige Resultat der Lohnbewegung ein gutes zu nennen ist. Hauptsächlich in der Pelzbranche sind nennenswerthe Erfolge von vornherein erzielt worden; es haben bis Sonnabend Abend 14 Firmen mit etwa 300 Arbeitern und Arbeiterinnen die gestellten Forderungen bewilligt und die anderen Inhaber von Betrieben dieser Branche, an welche die Kommission herangetreten ist, sind zu weiteren Unterhandlungen geneigt; direkt ablehnend hat sich keiner von ihnen verhalten. Aus der Mützenbranche hatten bis zum selben Zeitpunkt 6 Unternehmer mit etwa 60 Arbeitern und Arbeiterinnen bewilligt und 7 die Forderungen abgelehnt. Gefordert wird: 1. Abschaffung der Akkordarbeit, 2. Einführung des 9½stündigen Arbeitstages mit folgenden Unterbrechungen: ½ Stunde Frühstück, 1½ Stunde Mittag und ½ Stunde Vesper, 3. Einführung eines Minimal-Wochenlohnes von 25 M. für Gesellen, 18 M. für Stepperinnen, 14 M. für Mamsells, 4. Abschaffung der Sonntags- und Ueberstundenarbeit, 5. soll an Tagen vor Sonn- und Festtagen, an denen gesetzlich um 5½ Uhr die Arbeiterinnen Feierabend haben, nicht früher angefangen werden wie gewöhnlich und keine Kürzung der Pausen stattfinden und 6. soll die Lohnzahlung am Sonnabend spätestens um 5½ Uhr beendet sein. Der Redner verwies auf eine Versammlung der Selbständigen (Hausindustriellen), an der auch die Lohnkommission theilnahm. An ein einiges Vorgehen mit diesen gegen ihre Auftraggeber sei gar nicht zu denken, wie der Verlauf jener Versammlung bewiesen habe. Die Arbeiter dürften auf die Hausarbeiter keine Rücksicht mehr nehmen, wo ihr Lebensinteresse in Betracht komme. In überzeugenden Worten legte der Redner die Berechtigung dieser Forderungen und die Gründe dar, weshalb sie gestellt wurden. Nach Beendigung dieser beifällig aufgenommenen Ausführungen entwickelte sich eine lebhafte Debatte, in der die Verhältnisse in den einzelnen Werkstätten eingehend besprochen wurden. Man förderte Mißstände zu Tage, welche die Versammlung durch die lebhaftesten Unwillensbezeugungen verurtheilte. Alle Redner waren einig darin, daß die Forderungen bald überall bewilligt werden, wenn die Kollegen wie bisher ihre Pflicht thun. Den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns zu den Werkstellen, die noch nicht bewilligt haben?" erledigte die Versammlung durch einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die Versammlung erklärt sich mit dem bisherigen Resultat des Streiks zufrieden, und die Anwesenden verpflichten sich am Montag früh da energisch vorzugehen, wo die Forderungen noch nicht bewilligt sind. Ferner verpflichten sie sich, die streikenden Kollegen und Kolleginnen im vollsten Maße zu unterstützen. Mit einem begeisterten Hoch auf die Lohnbewegung schloß die Versammlung.

Die freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker Berlins und Umgegend hielt am 20. Juni ihre Monatsversammlung ab, in welcher zunächst der Bericht vom 2. Quartal verlesen wurde. Hierauf wurde Voigt einstimmig zum Geschäftsannehmer wiedergewählt. Die Berathungen über Abänderung der Statuten wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Ueber die Angelegenheit Schonert-Kummer ging die Versammlung, nachdem sie den Kommissionsbericht entgegen genommen hatte, zur Tagesordnung über. Unter Vereinsangelegenheiten wurde die Angelegenheit des Mitgliedes Vogel geregelt; die Anträge betreffend Ausschluß der Pensionäre u. s. w. sollen in der nächsten Versammlung berathen werden.

In der Verbandsversammlung der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter, welche am 20. Juni tagte, hielt Fräulein Wabnitz einen eingehenden Vortrag über die Hausindustrie, der von den Anwesenden mit großem Beifall entgegengenommen wurde. An der Diskussion nahmen mehrere Mitglieder theil. Die Abrechnung über das letzte Quartal wurde ohne Widerspruch von der Versammlung genehmigt. Die Angelegenheit des Arbeitsnachweises, in der der Vorstand sich für eine strenge Kontrolle aussprach, konnte auch in dieser Versammlung noch nicht zu Ende geführt werden. An Stelle des von einem schweren Unglücksfall betroffenen Kollegen Schulz wurde Gerlach zum Kassirer erwählt. Zum Schluß wurde zum Besuch des am 22. Juli in Weimann's Volksgarten stattfindenden Sommerfestes aufgefordert und bekannt gegeben, daß Karten à 30 Pf. an den bekannten Stellen zu haben sind. Die nächste Versammlung tagt am 16. Juli.

Im Verein deutscher Schuhmacher, Filiale Berlin II, hielt Völkel über die wirthschaftliche Entwickelung einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Zum Revisor wurde darauf Thelle gewählt. Die nächste Versammlung wird am 8. Juli bei

Keller, Bergstr. 68, und das Stiftungsfest am 9. Juli in der Königsbank abgehalten. Programme sind zu haben bei den Kollegen Runge, Moabit, Flemmingstr. 16; Stumpe, Kastanien-Allee 74, Hof 3 Tr.; A. Fleischer, Höchstestr. 11, 2 Tr.; H. Sperber, Weidenweg 5, 3 Tr.; G. Kördel, Forsterstr. 7; C. Guckuck, Bergmannstr. 89, und bei F. Hoffmann, Bernauerstr. 40/41 im Zigarrengeschäft.

Der erste Verbandstag des Zentralverbandes der Konditoren, Pfefferküchler und verwandten Berufsgenossen wurde am 18. und 19. Juni in Magdeburg abgehalten. Es wurde beschlossen, von einer Verschmelzung mit dem Verband der in der Nahrungsmittel-Industrie beschäftigten Arbeiter Abstand zu nehmen und erst den engeren Verband innerlich mehr zu kräftigen. Gerade im Gewerbe der Konditoren ist in diesem Punkte noch viel nachzuholen. Die weiteren Verhandlungen drehten sich um die Abänderung der Statuten, welche nöthig war, da der Verband bisher nur als Provisorium betrachtet werden konnte. Nach sechsstündiger, angestrengter Berathung wurden die erforderlichen Veränderungen getroffen, und die Versammlung ging mit dem Bewußtsein auseinander, der Organisation eine Form gegeben zu haben, in welcher die Mitglieder sich zu tüchtigen Kämpfern für die Befreiung der Proletarier vom Joch des Kapitalismus ausbilden können.

Rixdorf. Eine Mitgliederversammlung der Freien Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter tagte am 18. d. M. Die fällige Abrechnung vom Stiftungsfest konnte noch nicht verlesen werden. Man beschloß daher, zur Prüfung derselben eine besondere Sitzung abzuhalten. Die nächste Versammlung, in der die Vorstandswahlen erfolgen, ist am 16. Juli.

Gauverein Berliner Bildhauer. Dienstag, den 27. Juni, Annenstr. 16, Vereins-Versammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Holzbildhauer-Abend.

Verein Berliner Hausdiener. Dienstag, den 27. Juni, Abends 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.

Arbeiter-Bildungsschule. Dienstag Abend von 8½—10½ Uhr. Süd-Schule, Mariendorferstraße 5 (bei Grube): Deutsch (mittel.). Südost-Schule, Reichenbergerstraße 122: Gesetzeskunde und Deutsch (unt). Ost-Schule, Markusstraße 31: Deutsch (unt.). Nord-Schule, Müllerstraße 179a: Rechnen, Korrespondenz und Geschichte (alte). In allen Fächern, mit Ausnahme Mathematik und Buchführung, können noch Schüler und Schülerinnen auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Depeschen.

Privat-Telegramm des „Vorwärts".

Kassel, 26. Juni. Ein donnerndes Hoch den braven Berliner Parteigenossen für die errungenen Siege.

Die Kasseler Parteigenossen.

Meldorf i. Holstein, 26. Juni. Den Berlinern besten Glückwunsch zum glorreichen Sieg!

Die Genossen in Meldorf.

Lahr in Baden, 26. Juni. Ein donnerndes Hoch der Berliner Sozialdemokratie! Die Parteigenossen.

Rothkosteletz in Böhmen, 26. Juni. Donnernde Hochs den Wählern der Sozialdemokratie. Weg mit dem volksverwüstenden Militarismus. Ein Genosse.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Dux, 26. Juni. Der Streik in den hiesigen Braunkohlenwerken ist gänzlich erloschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Stockholm, 26. Juni. In Jönköping findet eine zahlreich besuchte Versammlung von Buchdruckerei-Besitzern aus den meisten Provinzstädten des Landes statt, deren Zweck die Bildung einer Vereinigung zum Widerstande gegen die Forderungen des Bundes der Buchdruckergehilfen sein soll.

London, 26. Juni. Nach einem hier kursirenden Gerücht soll Cornelius Herz heute Mittag hier gestorben sein.

Paris, 26. Juni. Trotz aller Dementis wird ziemlich bestimmt behauptet, daß Norton vom ehemaligen Minister des Aeußern, Flourens, verleitet worden sei, die Fälschung der Akten vorzunehmen. Hervorgehoben wird, daß Flourens als ein persönlicher Freund des Zaren und als ein Feind der Königin von England bekannt war.

Konstantinopel, 26. Juni. Die türkische Regierung schloß mit Krupp einen Kontrakt auf Lieferung von Lafetten und Geschosse im Gesammtbetrage von 120 000 Pfund ab. Die geplanten Bestellungen von Festungs- und Feldgeschützen wurden für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten.

Briefkasten der Redaktion.

R. W., hier. Wir verstehen Ihre Anfrage nicht. Unsere Besprechung galt, wie ausdrücklich in dem Feuilleton zu lesen ist, dem bei Fischer in Jena erschienenen, von Conrad ꝛc. herausgegebenen Handwörterbuch.

O—s, Fr. Wir haben Ihre Verse nicht ins „Höllenfeuer" geworfen. Freilich, der „Vorwärts" als politisch-soziales Tageblatt hat keinen Raum für poetische Erzeugnisse. Wir haben Ihre Sonnette der Redaktion der „Neuen Welt" übergeben. Vielleicht hat diese Verwendung für dieselben. Wollen Sie ein Urtheil über die Verse, so kommen Sie einmal persönlich in die Redaktion.

H. S. Durch nur einen sozialdemokratischen Abgeordneten (Hasenclever im 6. Wahlkreis) war Berlin in der Session von 1881—1884 vertreten.

Maison de santé. Die Einsender werden ersucht, sich persönlich in der Redaktion einzufinden.

Sch. 1. Es giebt viele Judenfeinde, die deshalb doch nicht zu den Antisemiten gehören. 2. Wenden Sie sich an die Freie Vereinigung der Kaufleute.

J. O. Behlend. Stellen Sie die Thatsachen fest und berichten Sie dieselben Ihrem Wahlkomitee.

G. G. Wer die Kosten des Vergleichs trägt, entscheidet der Inhalt des Vergleichs. Ist im Vergleich nichts gesagt, so trägt jede Partei die Hälfte.

100. Eine Miethskündigung durch die Packetfahrt genügt wie jede Form der Kündigung, falls nicht im Miethsvertrage ausdrücklich eine andere bestimmte Art der Kündigung festgesetzt ist.

S. K. Eine Verpflichtung, jemandem Bier zu schänken oder des Nachts jemanden aufzunehmen, hat ein Gastwirth nicht; seine Weigerung kann aber eine Beleidigung für den Abgewiesenen enthalten.

Nr. 26. Das hängt von dem Statut des uns unbekannten Ortsstatuts ab.

Briefkasten der Expedition.

Tuppermann, Budapest. Wir bitten um Angabe Ihrer genauen Adresse! Brief kam zurück.

In unserer Expedition gingen zum **Wahlfonds** ferner folgende Beträge ein:

Sperlingslust, Taubenstraße, 3,—. Von den Böttchern bei Lindner, Rixdorf, 3,20, Gesammelt auf einer Landpartie in Grünau durch G. am Holzklafter 1,60. Verb. Sammlung, Friedrichstraße 3,30. Stecherschrippe vom Sklavenmarkt in Tunis 4,—. Töpfer, Bau Neue Friedrichstraße, 3,—. Schneider, Freienwalderstr. 5, 5,70. Flicktischler 1,—. Geburtstagsfeier am 23. Juni, Wiesenstraße auf der Plantage 4,70. Ueberschuß von der Landpartie, Stiecher, 1,80. Schwimmklub „Lahme Padde" 1,10. Bautischler von Knorr 5,70. Vergolder von Ticke 3,40. Die Schlosser der Firma Schulz 8,20. D., Jerusalemerkirche 2,—. B. K. N. 1,50. Gesammelt von der Müller'schen Möbelfabrik, Stallschreiberstr. 32, 4,65. Rothe Buchbinder der Zimmerstr. 94, außer Einem 2,65. Von den Ofensetzern bei Görlitz, Bau Charlottenburg 8,—. Naucke, Wasserthorplatz 3,—. Zeidler 3,—. Töpfer, Bau Nürnbergerstr. 20/21, durch Rubrecht 3,95. Ganser, Schönhauser Allee, freisinnige Leichenrede 2,—. Arbeiter der Möbelfabrik Sczymanzig 14,90. Klotz aus Martinickenfelde v. K. 11,75. Ges. vom Verein der Mosaikfliesenleger Berlins und Umgegend 7,55. 7 Elektrische vom Gartenplatz 3,30. Wienerstr. beim polnischen Ochsen im Keller durch Keller, 2. Rate 6,—. K. F. W. B., 2 Wettende 2,—. Vom kranken Nagelschmied für den eroberten 5. Wahlkreis 1,50. Ges. in der Tischlerwerkstatt von Reinhardt, Schwedterstr. d. Hutow 6,30. Nebberbund Reinickendorf 1,20. Putzerkolonne Bemert 10,—. Gesangverein „Grüne Eiche" Rixdorf 4,30. Hermanns Buchbinderei 4,15. F. Nessel und Carl Ruppel 1,—. Gesammelt auf einem Geburtstag eines nicht konservativen Malergehilfen in Charlottenburg 6,20. Tischlerei Hohensee, Lichtenbergerstr. 5 und Maurer-Arbeitsmann, 2. Rate 6,50. Ges. am Stichwahlabend bei Emil Böhl, Frankf. Allee 74 4,—. Gesammelt durch die Grand'sche Tischlerwerkstatt, Admiralstr. 22, bei der Landparthie durch H. Schnieber 13,—. Von den Rothen aus der Kolonie M. N. 6,—. Töpfer Höchstestr. 33 2,50. F. G. H. S. 2,30. Personal von H. S. Herrmann's Buchdruckerei, 9. Rate, 7,25. Gotthilf Nauke, 6. Rate. 12,15. Die fidelen Schneider bei Metschke aus der Wiesenstraße 3,—. Arbeiter und Arbeiterinnen der Schriftgießerei von Wilhelm Wöllmer, 2. Rate, 35,05. A. S., Kurfürstenstraße 37, Drechslerwerkstatt 2,40. Nachtpartie, Gesangverein Senefelder, Berliner und Brandenburger Lithographen, Steindrucker und Schleifer 10,50. Rothe Buxbaumplatte 2,—. 79 Schlosser, Ed. Pulß, Tempelhofer Ufer 10 37,20. Für eine Kranzspende zur Beerdigung der Freisinnigen Partei, Friede ihrer Asche 11,75. Guttenberg Berlin 12,25. Gesammelt beim Vergnügen der Zentral-Krankenkasse der Tischler H. in Treptow b. Jorrow 8,20. Hanne, faß Muth, die Sache wird schon schief gehen 1,50. Durch K. von einer Pankower Hauseigenthümerin 3,—. Boden u. Marzahn, Ritterstr., d. Lehmann 3,10. Zigarrenfabrik Wienert, 2. Rate 8,20. Putzerkolonne Schlosser 10,—. Gesammelt bei einer Siegesweißen im Restaur. Müller, Birkenstr. 54 4,85. Amerik. Auktion im Gesangverein Vorwärts VII, Stralau 4,60. Die rothen Schlosser, Kolbergerstr. 3,50. Gesammelt von den Rothen der Firma Littuer u. Boysen nebst Filiale 12,—. Klub der Freunde, 3. Rate 3,00. Elf Schwarze der Brauerei Königstadt, 3. Rate 5,50. Gesammelt durch H. Schubel 4,25. Buchbinderei H. S. Hermann, 4. Rate 6,10. Deutscher Metallarbeiter-Verband Berlin, gesammelt d. H. Kramer 4,40.

Summa 405,65 M. Bereits quittirt 14 075,40 M.; in Summa 14 481,05 M.

In der Sonntagsnummer wurde quittirt „12 Flogelschäfte" 5 M. Es sollte heißen „12 Flegelhafte".

Verlag des **Vorwärts** Berliner Volksblatt, Berlin SW., Beuthstr. 2.

Das zur diesjährigen **Maifeier** in Aussicht gestellte

Kunstblatt

welches bereits in der **Maifest-Zeitung** als Mittelbild gebracht wurde, ist nunmehr in bedeutend vergrößertem Maßstabe — Plattengröße 68×47 ctm; Kartongröße 95×73 ctm — in feiner Kupferätzung ausgeführt in unserem Verlage erschienen. Das Bild heißt 414

Der erste Mai

und ist dazu angethan, jeden Versammlungsraum, jedes Vereinszimmer der Arbeiter zu verschönen, vor allem wird es für jedes Proletarierheim ein würdiger

Zimmerschmuck

sein. Um dies wahrhafte Kunstblatt auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen, ist der Preis auf nur

Drei Mark

festgesetzt. Gegen Einsend. d. Betrages werden Bestellungen von außerhalb porto- u. emballagefrei effektuirt.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Gekrönte Häupter. Zur Naturgeschichte des Absolutismus. **Katharina II. von Russland.** 64 Seiten. — Preis 20 Pfg. Zu beziehen durch alle Spediteure, Kolporteure und Parteibuchhandlungen, sowie v. Verlag: **H. Baake,** City-Passage.

Union-Bleich-Soda,

bestes, im Gebrauch **billigstes** Waschmittel. Vor Nachahmungen wird gewarnt, da dieselben meist werthlos und für die Wäsche schädlich sind. 4491L

„Hausfrauen! Kauft keine Nachahmungen, die meist schädlich für die Wäsche sind und nur geringe Waschkraft und keine Bleichkraft besitzen."

Man achte aber genau **beim Einkauf** darauf, dass jedes Packet das Wort **„Union-Bleich-Soda"** trägt, da nur diese Marke **volle Garantie** für Erfolg bietet.

Packet 15 Pfg. Ueberall zu haben.

Engros durch **Henschel & Meyer,** W., Kurfürstenstr. 13.

Neu! Billig! D. R. G. M. **Gut!**

Die Mammuthsohle!

Diese **imprägnirte,** gesetzlich geschützte Ledersohle ist die **größte Erfindung** der Neuzeit auf dem Gebiete der Lederindustrie!

Dreifache Haltbarkeit garantirt!

Vollkommen wasserdicht!

Bei jedem Schuhwerk verwendbar!

und

Billig! Billig!

Der Preis des Paares für Herrenstiefel 1 Mk. 50 Pf. Für Damen- und Kinderstiefel entsprechend billiger. Die Preise verstehen sich per Kasse oder Nachnahme. — In jedem **besseren** Schuhwaaren-, Gummi-, Leder- und Eisenwaaren-Geschäft zu finden.

Schuhmacher und Händler erhalten Rabatt!

Wir versenden 1 Paar Probesohlen für 2 Mk. frc.

Thatsachen beweisen!

Man lese untenstehende notariell beglaubigte Atteste!

Zahlr. Anerkennungsschreiben und andere Atteste stehen zur Verfügung.

Ein Versuch kann nichts schaden und ist billig.

Man beliebe Bestellungen zu richten an die

Patentsohlen-Fabrik Schnauder & Co.

Berlin N., Lothringer-Straße 28/29.

Telephon Amt III 2331.

Filialen: Emdenerstr. 50, Strelitzerstr. 18 III, und Bülowstr. 38.

Eigene Besohlungsanstalt.

Hierdurch bestätige ich, daß die von Herrn **Schnauder** erfundene **imprägnirte Ledersohle** gegen die bisherigen guten Kernledersohlen eine **3—4fache Haltbarkeit besitzen.** Es ist dies dadurch konstatirt, daß ich die Schnauder'schen imprägnirten Ledersohlen fast **ein ganzes Jahr getragen,** während ich früher die **besten Kernsohlen stets in 8—10 Wochen durchlaufen hatte.** Dies bezeuge ich der Wahrheit gemäß.

Wurzen, den 10. Mai 1893.

Eduard Döschner, Sergeant i. Kgl. Sächs. 3. Jäger-Bat. Nr. 15.

Wurzen, 12. Mai 1893. B.R.20/1893

Taubert, Notar.

Herr **Eduard Döschner,** Sergeant im Königl. Sächs. 3. Jäger-Bataillon Nr. 15 zu Wurzen, mir, dem unterzeichneten, in Wurzen wohnhaften, Notar von Person bekannt und verfügungsfähig, hat heute vorstehende Urkunde vom 10. Mai 1893 **nach Inhalt und seiner Namensunterschrift anerkannt.** [4287L*

Wurzen, am 12. Mai 1893.

Heinrich Eduard Taubert, Königlich Sächsischer Notar.

Jede Uhr zu repariren (außer Bruch) unter Garantie kostet bei mir **1,50 Mk.** Kleine Reparaturen entsprechend billiger. **Uhren, Gold- u. Silberwaaren**

C. Wunsch, Kaunystr. 38, a. d. Oranienplatz.

Frdl. möbl. Schlafst. sof. od. später billig zu vermiethen b. Frau Schröder, Reichenbergerstr. 63a. 599b

Möbl. Schlafst. f. Herren Ww. Germersdorf, Wrangelstr. 12 2 Tr. l. 597b

Frdl. Schlafst. 1. Juli f. Herr oder Dame b. Bester, Straußbergerstr. 29 3 Tr. 602b

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.